



POLITIK / REPORT



Olivenzweig - gelegnete Stoßrichtung ... Leyla Imret im Gespräch

(SB) - Leyla Imret kann ihr Amt als Co-Bürgermeisterin der Stadt Cizre im Südosten der Türkei nicht ausüben, weil sie ... (S. 6)

POLITIK / REDAKTION

Das Jemen-Desaster - Genetik der Kriegsvorwände

(SB) - Im Jemen nimmt das Kriegschaos dermaßen zu, daß sich das Ende des Landes als einheitlicher Staat abzeichnet. Deutlicher Vorbote der unheilvollen Entwicklung sind die blutigen Kämpfe Ende Januar ... (Seite 14)

POLITIK / REDAKTION

Somalia - gescheitert an beschränktem Interesse ...

(SB) - Die Bundeswehr beendet ihre Ausbildungsmission in Somalia. Das vorgebliche Ziel des Einsatzes - Aufbau einer Regierungsarmee, die die Kontrolle in dem Bürgerkriegsland zurückgewinnt - ist weitgehend gescheitert ... (S. 16)

Olivenzweig - ein Abwasch ...

Ein Verbot unserer Flaggen und Symbole entzieht sich jeglicher Rechtsstaatlichkeit. Die Argumentation des Bundesinnenministeriums für die Legitimation dieses Verbotes ist nicht nachvollziehbar und unterstreicht erneut die massive Einflussnahme der türkischen Regierung auf die deutsche Innenpolitik. Es ist ein Unding, dass die deutsche Bundesregierung mit dem Verbot und dem damit zusammenhängenden Ausbau der Kriminalisierung kurdischer Institutionen die Politik Erdogans unterstützt und somit in der BRD gleiche Prinzipien übernimmt, wie sie die türkische Regierung gegen KurdInnen und Andersdenkende anwendet.

Aus einer Erklärung des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan [1]

(SB) 5. Februar 2018 - Am 26. November 1993 trat das vom damaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther verfügte Vereins- und Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sowie angebliche Tochter- und mögliche Nachfolgeorganisationen in Deutschland in Kraft. Auf dieser Grundlage fanden seither Zehntausende von Strafverfahren statt, wurden Grundrechte der in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden außer Kraft gesetzt, Demonstrationen und Kundgebungen verboten. Einbürgerungen wurden verweigert, der Asylstatus wieder aberkannt und Menschen per Ausweisungsverfügung die Aufenthaltserlaubnis entzogen. Kurdische Einrichtungen und Vereine waren flächendeckend der Überwachung durch Polizei und Geheimdienste ausgesetzt.

Schon seit Ende der 1980er Jahre waren Dutzende kurdischer Aktivistinnen auch mittels der umstrittenen Paragraphen 129 und 129a

Strafgesetzbuch (StGB) als Mitglieder in einer inländischen kriminellen oder terroristischen Vereinigung angeklagt und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Als die Anklagen mangels Tatbeständen zurückgingen, legte der Bundesgerichtshof 2010 nahe, kurdische Aktivistinnen und Aktivisten auch nach dem im Jahr 2002 eingeführten § 129b als Mitglieder einer ausländischen terroristischen Vereinigung zu verfolgen. [2]

Im Jahr 2014 schien sich ein Stimmungsumschwung anzubahnen, da verschiedenste Stimmen aus den Medien, der Bundespolitik und deutschen Think-Tanks wie der Stiftung für Wissenschaft und Politik öffentlich die Sinnhaftigkeit des PKK-Verbots anzweifelten. Die politische Atmosphäre um die Jahreswende 2014/2015 war von einer allgemeinen Angst vor dem Islamischen Staat (IS) geprägt, der immer weitere Territorien im Irak

und in Syrien unter seine Kontrolle brachte. Zugleich richtete sich der Blick auf den Widerstand der bewaffneten Kräfte der PKK im Norden des Iraks, die sich den Greuelthaten des IS gegen die euzidische Bevölkerung in den Weg stellten und mehreren zehntausend Menschen das Leben retteten. Im Norden Syriens spielten angefangen mit dem Widerstand von Kobane die kurdischen YPJ (Frauenverteidigungseinheiten) und YPG (Volksverteidigungseinheiten) dieselbe Rolle im Kampf gegen den IS.

Seitdem jedoch die türkische Regierung die Friedensgespräche mit der PKK im Frühjahr 2015 aufgekündigt und zu einem umfassenden Krieg gegen die kurdische Bevölkerung innerhalb und außerhalb ihrer Staatsgrenzen angesetzt hatte, nahmen auch die Repressionen gegen kurdische Aktivisten in Deutschland deutlich zu. Selbst die zwischenzeitliche diplomatische Krise zwischen Ankara und Berlin änderte nichts an dieser Entwicklung. Das zeitweilige Tauwetter im Umgang mit den Kurdinnen und Kurden in Deutschland blieb ohne praktische Folgen im Sinne einer Lockerung oder gar Aufhebung des Verbots. Ganz im Gegenteil stellen die aktuellen Repressionen gegen die kurdische Bewegung die bisherige Verbotspolitik des deutschen Staates in den Schatten. [3]

Mit einem Rundschreiben des Bundesinnenministeriums vom 2. März 2017 wurden die Sicherheitsbehörden der Länder angewiesen, insbesondere das Zeigen des Bildnisses von Abdullah Öcalan zu unterbinden. In einer beigefügten Liste mit nunmehr

insgesamt 33 verbotenen Symbolen waren erstmals auch die syrischen Organisationen YPG/YPJ und PYD gelistet. Seither werden kurdische Versammlungen und politische Aktivitäten eingeschränkt, behindert oder verboten. Nachdem sich die Polizei bei



Pfefferspray gegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingesetzt und die Versammlung aufgelöst. Das Verbot von PYD- und YPG-Fahnen gehört mittlerweile zu den Standardauflagen bei kurdischen Demonstrationen und wird rigoros umgesetzt.

der zentralen Newrozfeier in Frankfurt/Main Ende März noch auf das Dokumentieren angeblicher Straftaten durch das Zeigen Hunderter Öcalan-Fahnen beschränkt hatte, erließ die Versammlungsbehörde bei dem im September in Köln durchgeführten kurdischen Kulturfestival die schikanöse Auflage, weder Essens- noch Getränkestände zuzulassen. Öcalan-Fahnen und ein großes Porträt von ihm auf der Bühne tolerierte die Kölner Polizei. Dies rief wiederum das Bundesinnenministerium mit dem Hinweis auf den Plan, Abbildungen von Öcalan seien in jeder Form untersagt. Bei einer Demonstration für die Freiheit von Abdullah Öcalan am 4. November in Düsseldorf wurde dann die Demonstration aufgrund der Öcalan-Fahnen eingekesselt,

Britta Eder

Foto: © 2018 by Schattenblick

Repression gegen die kurdische Bewegung in Deutschland

Am 26. Januar 2018 fand auf Einladung des AStA und des Verbands der Studierenden aus Kurdistan (YXK) an der Universität Hamburg eine Podiumsdiskussion zum Thema "Quo vadis, Türkei?" statt. Dabei berichtete Leyla Imret (Co-Bürgermeisterin der Stadt Cizre im Exil) von den Angriffen auf die kurdische Städte und die aktuelle politische Situation in der Türkei. [4] Mako Qocgiri (Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit Civaka Azad) erläuterte die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei, die kurdische Öffentlichkeitsarbeit und die

Bündnispolitik der kurdischen Freiheitsbewegung in Syrien. [5] Cansu Özdemir (Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke in der Hamburger Bürgerschaft) gab Einblick in die Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes und den Einfluß der Türkei in Deutschland. [6] Die Hamburger Anwältin Britta Eder nahm zur Repression gegen Kurdinnen und Kurden in Deutschland Stellung.

Britta Eder ist seit 15 Jahren als Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Strafverteidigung, Menschenrechte und Völkerstrafrecht tätig. Sie hat häufig in politischen Strafprozessen Kurdinnen und Kurden wie auch Menschen aus anderen Ländern und viele Deutsche verteidigt. Zudem hat sie Strafanzeige gegen Erdogan und andere türkische Verantwortliche wegen Kriegsverbrechen in den Jahren 2015/2016 erstattet. Auf ihren Reisen in verschiedene Regionen Kurdistans nahm sie die Gelegenheit wahr, die kurdische Bewegung kennenzulernen.

Innenpolitischer Verfolgungsdruck gegen linke Opposition

Nachdem in den vorangegangenen Beiträgen bereits die ökonomischen und geostrategischen Interessen der Bundesrepublik und das daraus resultierende Verhältnis zur Türkei thematisiert worden waren, ging es im vierten und letzten Abschnitt der Podiumsdiskussion um die zunehmende Repression in Deutschland. In ihrem Vortrag nahm Britta Eder eine Einschätzung vor, wie diese verschärfte Repression einzuordnen ist und welche Ziele der deutsche Staat damit verfolgt. Zum einen sei auch unabhängig von den Ent-

wicklungen im Mittleren Osten und in der Türkei der innenpolitische Verfolgungsdruck auf jegliche politische Opposition gewachsen, die deutsche Gesellschaft bewege sich nach rechts, wie sich am Ausgang der Wahlen, am Vorgehen beim G20-Gipfel in Hamburg oder in anderen Fällen, in denen es eine wahrnehmbare Opposition auf der Straße gab, ablesen lasse. Zum anderen richte sich die Repression gegen die kurdische Bewegung, die nicht nur für die Türkei von Relevanz sei, sondern für den gesamten Mittleren Osten. Nach den Worten der Referentin geht es nicht um einen kurdischen Staat, sondern um eine Perspektive für ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Völker. Abdullah Öcalan habe einen weitreichenden theoretischen Entwurf mit der Praxis im Mittleren Osten verbunden. Dies sei keine gesellschaftliche Perspektive, die eins zu eins auf eine individualisierte, durchkapitalisierte Gesellschaft, wie wir sie in Deutschland haben, zu übertragen ist. Dennoch beinhalte sie eine Inspiration auch für Menschen, die in Europa oder anderen Weltregionen leben und sich Gedanken darüber machen, wie man dem System etwas entgegensetzen kann.

Die Referentin erinnerte an die Konferenz über die Demokratische Moderne und die Kapitalistische Moderne an der Hamburger Universität. Vor diesem Hintergrund liege nahe, warum die Bundesrepublik auch unabhängig von außenpolitischen Beweggründen ein enormes innenpolitisches Interesse daran hat, die kurdische Bewegung zu verfolgen und dafür zu sorgen, daß ihr Einfluß möglichst gering bleibt. Diese

Bewegung sei in den letzten 40 Jahren nicht kleiner geworden, sondern im Gegenteil gewachsen. Sie habe es in Rojava geschafft, die neuen Ideen in einem Gebiet umzusetzen, in dem sie über eine gewisse Autonomie verfüge. Solche Projekte seien für die kapitalistischen Mächte seit jeher ein rotes Tuch. Da wir uns in Deutschland in eine autoritärere Richtung bewegen, prüfe der Apparat zweifellos, wer eine potentielle Gefahr darstellen könnte, wenn sich die Verhältnisse auch hier gravierend verschlechtern. Das schließe auch die zahlenmäßig starke kurdische Bewegung ein, die seit dem Kampf um Kobane hierzulande wieder stärkeres Interesse hervorrufe als in der Vergangenheit.

Strategischer Angriff von langer Hand geplant

Wie die Referentin hervorhob, sei die Entscheidung, weitere Fahnen und Symbole der kurdischen Bewegung zu verbieten, sicher nicht spontan gefällt, sondern lange vorbereitet worden. Die deutsche Politik zeichne sich durch strategisches Denken in längeren Zeiträumen und eine gründliche Vorbereitung aus. Die Umsetzung erfolge, wenn dies aus bestimmten Gründen notwendig oder effektiv erscheint, sei es, um Erdogan ein Geschenk zu machen, sei es, um ein innenpolitisches Zeichen zu setzen. Ihr sei aufgrund ihrer anwaltlichen Tätigkeit bekannt, daß die YKK von der Bundesanwaltschaft schon sehr lange als Teil der PKK und damit als terroristische Vereinigung eingestuft wird. Die Ermächtigung zur Strafverfolgung sei offenbar schon vor geraumer Zeit erteilt

worden. Trotzdem gibt es derzeit noch keine Anklage mit dem Vorwurf, Mitglied der YXK zu sein. Wie sich in den PKK-Verfahren zeige, sind Telefonnummern und Codenamen kurdischer Freundinnen und Freunde registriert, deren Telefonate auch abgehört werden. Trotzdem erteile der Vorsitzende des Staatsschutzsenates eben jenen Personen, die abgehört werden, eine Besuchserlaubnis bei in diesem Verfahren Angeklagten. Es gebe ein Ermittlungsverfahren der Generalbundesanwaltschaft, aber es finde keine Verhaftung statt. Das liegt nicht an fehlendem Wissen über die betreffende Person, sondern an dem Interesse zu sammeln, bis man dieses Material aus politischen Erwägungen zum Einsatz bringt, so die Referentin. Beim Angriff auf Kobane gab es nach ihren Erfahrungen in den deutschen Sicherheitsbehörden und im Außenministerium nirgendwo ernsthafte Sympathien für die YPG/YPJ. Die dort tätigen Personen könnten menschlich gesehen durchaus Sympathien für den Kampf der kurdischen Bewegung haben, aber als Beamte funktionierten sie im Sinne der Staatsräson.

Diese nüchterne Einschätzung soll natürlich nicht dazu führen, daß wir alle den Mut verlieren, sondern Motivation sein zu kämpfen, so Britta Eder. Die Existenz eines anderen Gesellschaftsentwurfs und der Versuch, ihn umzusetzen, seien für die herrschenden Kräfte offenbar eine derart große Gefahr, daß sie äußerst repressiv dagegen vorgehen. Es gelte in Deutschland wieder zu lernen, daß staatliche Repression nicht mit einer Niederlage gleichzusetzen sei, sondern zugleich auf die Bedeutsamkeit und Stärke der Bewegung verweise.

Vorwurfslage in den politischen Prozessen

Auf Wunsch aus dem Plenum ging Britta Eder auch auf den aktuellen Stand der Strafanzeige gegen Erdogan und andere türkische Verantwortliche wegen Kriegsverbrechen in den Jahren 2015/2016 ein. Sie ist demnach bei der Generalbundesanwaltschaft erstattet worden, die dafür gemäß dem Völkerstrafgesetzbuch in Deutschland zuständig ist. Dort liegt die Strafanzeige, Akteneinsicht wird den Klagestellern nicht gewährt, weil die Prüfung noch nicht abgeschlossen sei. Offenbar gibt es bei der Generalbundesanwaltschaft unterschiedliche Meinungen, wie diese Klage gehandhabt werden soll. Die einen seien dafür, aktiv im Sinne von Ermittlungen damit umzugehen, doch scheint sich diese Auffassung nicht durchgesetzt zu haben. Die anderen favorisieren augenscheinlich, die Sache liegenzulassen. Im Gegensatz zu einer Strafanzeige im Jahr 2010, die sofort eingestellt wurde, ist das Thema inzwischen von einem gewissen nationalen Belang nicht nur in Deutschland, sondern auch bei der UNO. Zudem halten sich die Entscheidungsträger gern alle Türen offen. Deswegen liegt die Strafanzeige weiter bei der Bundesanwaltschaft.

Zudem führte die Anwältin näher aus, was den Angeklagten in den Verfahren nach § 129 b vorgeworfen wird: In der Regel nichts Konkretes, und schon gar nichts, was man als normaler Mensch als eine Straftat auffassen würde. Ihnen wird demnach beispielsweise vorgeworfen, daß sie auf eine Demonstration gegangen sind und

Leuten die Hand gedrückt haben, die wichtig erscheinen oder der PKK zugerechnet werden. Oder sie haben Veranstaltungen oder Demonstrationen organisiert, an irgendwelchen Treffen teilgenommen. Im wesentlichen geht es darum, wo sich ihr Handy aufhält, wobei ganz normale Telefongespräche überwacht werden. Hält sich das Handy regelmäßig in Darmstadt auf, dann ist die Person Gebietsverantwortlicher für Darmstadt. Gibt es dann noch ein Behördenzeugnis des Verfassungsschutzes, in dem der Satz steht, es lägen Erkenntnisse vor, daß die Person der neue zuständige PKK-Kader für Darmstadt sei, erschöpft sich darin für die Behörden die Beweisaufnahme in solchen Verfahren, so Eder.

Die Angeklagten und ihre Verteidigung bringen die Frage ein, ob die PKK eine terroristische Vereinigung im Ausland ist, ob die kurdische Guerilla in den Bergen eine terroristische Vereinigung ist oder nicht. Dazu hat der Bundesgerichtshof entschieden, und das kam auch im letzten Prozeß in Hamburg zum Ausdruck, daß sich die PKK nicht auf das Recht auf Widerstand berufen dürfe, weil sie in ihren Selbstbekennungen immer wieder das Wort "Vergeltung" benutze. Vergeltung könne niemals gerechtfertigt sein. Das verhält sich nach deutscher rechts- und staatstheoretischer Auffassung so, weil man sagt, Vergeltung soll nicht geübt werden, dafür sei die Justiz zuständig. Nun ist jedoch nach Auffassung der Angeklagten und ihrer Verteidigung eine solche Justiz, die für Gerechtigkeit sorgt, in der Türkei nicht vorhanden. Sie hat seit Bestehen der Türkei nicht existiert, da der Völkermord an den Arme-

niern, das Massaker von Dersim, und vieles mehr nie aufgeklärt worden sei. In Deutschland habe es nach dem Faschismus zumindest den Versuch einer Aufarbeitung gegeben. Zudem sei anzuführen, daß traumatisierte Menschen im Falle nicht existierender Gerechtigkeit zwangsläufig ein Gefühl von Vergeltung hegen. Auch gehe es darum zu verhindern, daß solche Verbrechen in Zukunft wieder geschehen.

An diesem Punkt sei das Gericht in eine moralische Klemme geraten, die im schriftlichen Urteil mit der Erklärung gesprengt wurde, darauf käme es nicht mehr an. Die PKK könne sich nicht auf das Recht auf Widerstand berufen, weil in ihrer Gründungserklärung etwas von separatistischen Machtinteressen stehe. Damit sei man wieder bei diesem einen Satz angelangt, der bis vor kurzem in jedem Artikel einer deutschen Zeitung zu diesem Thema zu lesen stand, so Britta Eder. Das sei der einzige Satz in der Begründung des Urteils, warum der Kampf der PKK nicht gerechtfertigt sein soll. Wo diese Passage in der Gründungserklärung stehen soll, habe das Gericht nicht gesagt. Den Angeklagten werde also nichts vorgeworfen außer der Arbeit für eine Organisation, die in der Türkei terroristisch sein soll.

Internationale Solidarität mit Afrin

Die informative und engagierte Podiumsdiskussion endete mit einer Erklärung des kurdischen Studierendenverbands zu dem Angriff der türkischen Streitkräfte auf den Kanton Afrin im

Nordwesten des Nachbarlands Syrien:

Internationale Solidarität ist eine unserer wichtigsten Waffen im Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Gewalt. Beteiligt euch an den Protesten, tragt die Praktiken der Bundesrepublik an die Öffentlichkeit, setzt ein Zeichen für diese Bewegung, die eine feministische, basisdemokratische, ökologische und antikapitalistische Alternative bietet. Der Angriff auf die kurdische Bewegung ist ein Angriff auf uns alle, die wir uns als emanzipatorische Linke verstehen. Bezieht Position, geht auf die Straße, wir wollen uns weiter vernetzen und für die Aufrechterhaltung und Realisierung unserer gemeinsamen Ziele weiterkämpfen und diese weiter ermöglichen. Ein Angriff auf Afrin ist somit auch ein Angriff gegen uns, unsere Genossinnen und unsere Zukunft. Es lebe der Widerstand!

Anmerkungen:

[1] <http://www.kurdistan-report.de/index.php/archiv/2017/52-kr-190-mai-juni-2018/577-bundesinnenministerium-verbietet-symbole-von-pydyg-und-ypj>

[2] <http://www.anf-deutsch.com/weltweit/24-jahre-pkk-betaetigungsverbot-in-deutschland-454>

[3] <http://www.civakazad.org/deutschland-und-das-pkk-verbot/>

[4] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0301.html>

[5] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0302.html>

[6] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0303.html>

Berichte und Interviews zur Podiumsdiskussion "Quo vadis, Türkei?" im Schattenblick unter: www.schattenblick.de → INFOPOOL → POLITIK → REPORT

BERICHT/301: Olivenzweig - kein Erbarmen in Aussicht ... (SB)

BERICHT/302: Olivenzweig - Gegenöffentlichkeit schaffen ... (SB)

BERICHT/303: Olivenzweig - subversive Aggression ... (SB)

BERICHT/304: Olivenzweig - ein Abwasch ... (SB)

INTERVIEW/396: Olivenzweig - geleugnete Stoßrichtung ... Leyla Imret im Gespräch (SB)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0304.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

POLITIK / REPORT / INTERVIEW

Olivenzweig - geleugnete Stoßrichtung ...

Leyla Imret im Gespräch

(SB) 6. Februar 2018 - Leyla Imret kann ihr Amt als Co-Bürgermeisterin der Stadt Cizre im Südosten der Türkei nicht ausüben, weil sie durch die repressive Politik der AKP-Regierung gegenüber der kurdischen Bevölkerung dazu gezwungen ist, im Exil in der Bundesrepublik zu leben. Geboren in der mehrheitlich kurdischen Stadt Cizre im Südosten der Türkei erlebte sie in jungen Jahren den Krieg zwischen dem türkischen Militär und der kurdischen Bevölkerung. Ihr in der kurdischen Befreiungsbewegung aktiver Vater wurde 1991 in einem Gefecht mit den türkischen Streitkräften getötet. Im Alter von sieben Jahren wurde Leyla von ihrer Familie aus Sicherheitsgründen zu Verwandten nach Norddeutschland geschickt, wo sie bis 2013 in Osterholz-Scharmbeck nahe Bremen lebte. Nach ihrer Rückkehr nach Cizre nahm sie 2014 als Kandidatin der BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) an den Kommunalwahlen teil und wurde im Alter von 26 Jahren jüngste Bürgermeisterin der Türkei.

Als der türkische Staat im Sommer 2015 den Friedensprozeß mit der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) einseitig aufkündigte, riefen zahlreiche davon betroffene Städte und Verwaltungen die demokratische Selbstverwaltung aus. Im Rahmen des nun entfesselten Krieges gegen die kurdische Zivilbevölkerung wurden Dutzende

Städte weitgehend zerstört und unter Zwangsverwaltung des türkischen Staates gestellt. 500.000 Menschen flohen vor dieser Form von innerem Kolonialkrieg in andere Regionen des Landes oder das Ausland. Im September 2015

Türkei?" über die aktuelle politische Lage in der Türkei und die deutsch-türkischen Beziehungen diskutiert wurde, beantwortete Leyla Imret dem Schattenblick einige Fragen zu ihrer Geschichte.



Leyla Imret

Foto: © 2017 by Schattenblick

wurde gegen Leyla Imret ein Verfahren wegen der Aufwiegelung des Volkes zum bewaffneten Aufstand gegen den Staat und Propaganda für eine Terrororganisation eröffnet. Nachdem sie von den türkischen Behörden ihres Amtes enthoben und mehrmals vorübergehend festgenommen worden war, kehrte sie in die Bundesrepublik zurück, wo sie im politischen Asyl lebt. Ihre bewegte Lebensgeschichte ist auch Gegenstand des 2017 erschienenen Dokumentarfilms "Dil Leyla".

Am Rande einer Veranstaltung an der Universität Hamburg, in der unter dem Titel "Quo vadis,

Schattenblick (SB): Frau Imret, Sie sind bei den Kommunalwahlen 2014 zur Co-Bürgermeisterin von Cizre gewählt worden. Wie lange konnten sie dieses Amt ausüben?

Leyla Imret (LI): Bis zum Ende der Zwangsverwaltung Ende 2016, wenngleich ich bereits im September 2015 vom türkischen Innenminister Selami Altinok angeblich wegen terroristischer Propaganda und Anstiftung zur Rebellion meines Amtes enthoben worden bin. Weil diese Ent-

scheidung für mich jedoch keine Gültigkeit hatte, habe ich das Amt weiterhin zusammen mit dem Co-Bürgermeister bis zur Zwangsverwaltung ausgeübt.

SB: Mußten Sie fliehen, weil Sie eine dauerhafte Inhaftierung befürchteten?

LI: Nach der Zwangsverwaltung habe ich mich bis November 2016 in Cizre aufgehalten und auch ohne politisches Amt weiterhin für die Belange der Bevölkerung eingesetzt. Während des Ausnahmezustands erging dann ein Festnahmebefehl gegen mich. Weil ich nicht mehr geglaubt habe, daß der Richter unabhängig entscheiden kann, wollte ich mich dem Gericht nicht stellen und entschied, mich zurückzuziehen, bis sich die Lage normalisiert hat, also der Ausnahmezustand aufgehoben wird.

SB: Haben Sie hier in Deutschland einen offiziellen Asylstatus?

LI: Ja, dennoch engagiere ich mich auch weiter von hier aus für die Menschen in Cizre, die mich gewählt haben. Als politische Vertretung fühle ich mich für die Stadt und die Bevölkerung verantwortlich und verrichte diplomatische Arbeiten im Namen der Partei HDP.

SB: Der Ausnahmezustand in Cizre währte 79 Tage. Wie haben sich die Menschen in dieser Zeit versorgen können, wenn sie nicht aus dem Haus gehen durften?

LI: Das war ja die zweite Ausgangssperre, die erste dauerte neun Tage. Wenn die erste Ausgangssperre noch einen oder zwei Tage länger angehalten hätte, wären viele Menschen zu Hause vor

Durst und Hunger ums Leben gekommen. Aber vor der zweiten Ausgangssperre hat man schon geahnt, was passieren würde. So hat die Regierung vorher eine SMS an ihre Beamten verschickt mit der Aufforderung, daß sie die Stadt verlassen sollen. Das geschah drei Tage vor der zweiten Ausgangssperre. Daher wußten wir, was auf uns zukommt, und haben damit gerechnet, daß es diesmal eine längere Ausgangssperre wird. Aus diesem Grund haben die Menschen vorher Lebensmittel und Trinkwasser zu Hause deponiert, um für zwei oder drei Monate auszukommen.

Tatsächlich hat die türkische Armee die städtischen Wasserdepots unter Beschuß genommen, damit es kein Wasser mehr gibt. Auch hat die Armee die Häuser direkt beschossen, damit die Menschen aus ihren Wohnquartieren fliehen. Ziel dieser Militäroperationen war, die Einwohner der Stadt zu vertreiben, um so den Widerstand gegen den militärischen Angriff im Keim zu ersticken. Diejenigen, die dennoch geblieben sind, mußten einen hohen Preis bezahlen. Die Bombardierungen waren so massiv, daß viele Menschen, darunter auch Verletzte, in den Kellern vor allem im Stadtteil Nur bei lebendigem Leibe verbrannt worden sind.

SB: Wissen Sie, wie viele Menschen in Cizre Opfer der militärischen Operation wurden?

LI: Während der ersten und zweiten Ausgangssperre sind in Cizre 279 Menschen ums Leben gekommen.

SB: Hat die Regierung Erdogan all das offiziell mit dem Antiterrorkampf begründet?

LI: In erster Linie ging es darum, die Ausrufung der Selbstverwaltung in Cizre wieder rückgängig zu machen, weil behauptet wurde, daß sie das Ziel verfolge, die Regierung in Ankara komplett auszuschließen. Das ist aber nicht richtig. Tatsächlich wurde die Selbstverwaltung ausgerufen, weil wir die jetzige Regierung für undemokratisch halten. Wir wollten mehr Demokratie, waren aber durchaus bereit, mit Ankara zusammenzuarbeiten. Statt dessen hat die Regierung das Ganze manipuliert und gesagt, die sind gegen den türkischen Staat und daß sich in Cizre nur Terroristen aufhalten würden. Deshalb wurde eine Ausgangssperre ausgerufen. Als der türkische Staat seine Beamten aus der Stadt herausgeholt hat, war ihm die zivile Bevölkerung in Cizre völlig egal, zum einen, weil sich die Menschen dort für die Selbstverwaltung entschieden hatten, und zum anderen, weil wir Kurden sind. Hinzu kam, daß in den Augen der Regierung alle Menschen in Cizre ohnehin als Unterstützer oder Sympathisanten der PKK gelten.

SB: Gleichwohl gibt es auch unter der kurdischen Bevölkerung Anhänger der AKP. Waren sie in gleicher Weise von der Repression betroffen?

LI: Offiziell gibt es ungefähr 4000 Wähler der AKP in Cizre, 2000 haben die radikalislamische Partei Hüda Par gewählt. Diese Wähler leben entweder in sicheren Ortsteilen, die während der Bombardierungen unbehelligt blieben, oder hatten ihre Häuser freiwillig geräumt. Strenggenommen waren der Türkei alle Menschen, die die Stadt nicht verlassen hatten, unwichtig. Letzten

Endes sind es Kurden, auch wenn darunter AKP-Wähler sind.

SB: Welche Prinzipien und konkrete Schritte der Selbstverwaltung konnten Sie in Ihrer kurzen Zeit in Cizre realisieren, beispielsweise im Verhältnis von Männern und Frauen?

LI: Als wir zur Wahl gingen, haben wir unser Programm zum Aufbau der Demokratischen Moderne vorgestellt und daß darin Ökologie und Frauenbefreiung eine große Rolle spielen. Dazu haben wir unsere Projekte so gestaltet, daß wir die einzelnen Schritte zusammen mit den Menschen dort umsetzen. Natürlich haben wir vor allem für die Frauen positive Entscheidungen getroffen und das Budget dafür erhöht, weil Frauen schon immer im Hintergrund gelassen worden sind. Und auf einmal war ich die erste Frau, die für das Bürgermeisteramt gewählt wurde. Das hatte natürlich grundlegende Änderungen für die Frauen zur Folge und spiegelte auch die Sichtweise auf das zivile Leben in der Stadt wider. Aus diesem Grund haben wir auf der Verwaltungsebene alle Entscheidungen, die speziell die Frauen betrafen, mit unseren sieben Stadträtinnen und den 45 in den Ressorts tätigen Mitarbeiterinnen besprochen und entsprechende Projekte organisiert. Diese haben wir dann vor den gesamten Stadtrat gebracht und ihn über unsere Entscheidungen in Kenntnis gesetzt. Das heißt, im Stadtrat wurde nicht darüber diskutiert, was zu tun ist, sondern Frauen haben selbst über ihre eigenen Belange entschieden.

Dieses positive Verhältnis zwischen kommunaler Verwaltung

und Bevölkerung bezog sich nicht nur auf Frauen und Kinder, sondern wir haben durchaus versucht, eine Stadtentwicklung mit Verbesserung der Lebensumstände für alle Menschen zu organisieren. Das war auch wirklich sehr erfolgreich, bis der staatliche Druck und die Zwangsverwaltung alles zunichte machten. In den Kindergärten beispielsweise, wo kurdisch gesprochen wurde, war dann nur noch das Türkische erlaubt. Überhaupt wurden die Kindergärten völlig zweckentfremdet, indem dort Korankurse auf arabisch stattfanden. Auch unsere Fraueninstitutionen, die Gewalt gegenüber Frauen bekämpften, wurden in das Ressort Frau und Familie umgewandelt und damit wurde ihr Inhalt in das komplette Gegenteil verkehrt. Frauenbefreiung und der Kampf gegen Sexismus wichen der islamistischen Sicht, daß die Aufgabe der Frau darin bestehe, zu Hause zu bleiben oder bestenfalls für einen Familienzweck und nicht für sich zu arbeiten. Das ist alles Teil der neuen Türkei, in der Menschenrechte und vor allem Frauenrechte mit Füßen getreten werden.

SB: Könnten Sie sich vorstellen, daß man in der Türkei, wenn sich die politischen Verhältnisse verändern sollten, wieder aufgreift, was Sie einmal begonnen hatten?

LI: Als ich vom Innenminister des Amtes enthoben wurde, war ich am nächsten Tag auf der Straße und natürlich total traurig. Aber die Menschen draußen haben mir gesagt, dich kennen wir, dich haben wir gewählt. Für uns bist du immer noch unsere Bürgermeisterin. Trotz dieser schwierigen Zeit und des Schmerzes haben sie versucht, mir Mut zu spenden. Weil

alles eigentlich nur zur Hälfte erledigt ist und ich viele Projekte und Vorstellungen erzwungenermaßen wegen Erdogans Politik nicht verwirklichen konnte, liegt es noch immer in meinem Herzen, mich weiter für mein Volk und die Menschen in Cizre einzusetzen. Wenn sie es wünschen, würde ich mich gerne wieder für dieses Amt zur Verfügung stellen.

SB: Frau Imret, vielen Dank für das Gespräch.

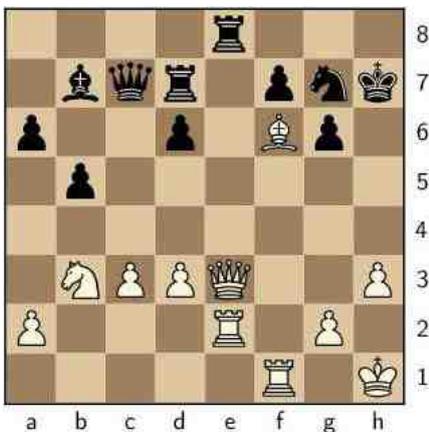
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prin0396.html>

SCHACH - SPHINX

Fritillaria meleagris

(SB) - Auch die Natur liebt das Schachspiel, denn sie erlaubte es einem ihrer Geschöpfe, einem zarten Liliengewächs mit dem lateinischen Namen *Fritillaria meleagris*, auf ihren gefleckten Blütenblättern das Muster eines Schachbrettes aufzutupfen. Die im Volksmund Schachblume oder auch Schachbrettblume und Kiebitzei genannte Lilienart treibt 15 bis 30 cm hohen Stengel, die in einem Blattschopf auslaufen, der zahlreiche nickende, glockenartige Blüten umspannt. Dunkel- bis purpurrot sind die schachbrettartig gezeichneten Blütenblätter. Während das Auge sich an den zwei fingerkuppenlangen Blüten erfreut, nistet in den Wurzeln des Liliengewächses das tödliche Gift Fritillarin. Auch in der Natur entspringt alles Schöne, wie es scheint, einem gefährlichen Hort. In derselben Symbolkraft verlieh

auch im heutigen Rätsel der Sphinx die Fernpartie zwischen den Schachfreunden Balogh und Richter. Letzterer, wohl ahnungs- und arglos in seinem Willen, zog seinen schwarzen Turm auf die e-Linie, um die weiße Dame zu verschrecken. Nun, Wanderer, der du auf deinen Reisen sicherlich schon viele Male stehengeblieben bist, um dich an den Wegesrändern am Anblick der Schachblume zu ergötzen, wie schoß das todbringende Fritillarin in die Blüten des weißen Spiels?



Balogh - Richter
Fernpartie 1976

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Weiß hatte sich in der Eröffnung völlig überrumpeln lassen. Nach 1...Lc6xf3! gab er denn auch sofort auf. Es drohte vernichtend Lg3xh2+! und 2.Tf1xf3 scheiterte an 2...Te8-e1+ 3.Tf3-f1 - 3.Dd2xe1 Dh4xh2+ 4.Kg1-f1 Dh2-h1+ 5.Kf1-e2 Dh1xe1+ 6.Ke2-d3 De1-e4+ 7.Kd3-d2 De4xf3 - 3...Lg3xh2+ 4.Dd2xh2 Te1xf1+ 5.Kg1xf1 Dh4xh2 und das Endspiel stünde hoffnungslos.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06467.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Kriminalisierung von Flüchtenden statt fortschrittlicher Migrationspolitik

von Andreas Behn

(Rio de Janeiro, 1. Februar 2018, *npl*) - Vielen Flüchtenden gilt Brasilien wegen seiner Gastfreundschaft als ideales Fluchtland. Doch wer dort Asyl bekommt, ist oft mit vielerlei Vorurteilen konfrontiert. Derzeit sind es vor allem Menschen aus Venezuela, die die Grenze Richtung Brasilien überschreiten und - vorerst - bleiben wollen. Die Zahl der Asylanträge ist 2017 in die Höhe geschossen. Und die neue, konservative Regierung setzt alles daran, künftig die Flucht in das Land zu erschweren.

Vor allem Migrantinnen und Migranten aus Afrika spüren, dass es in dem oft als multikulturell gepriesenen Brasilien tief verwurzelten Rassismus gibt. "Es gibt einen großen Unterschied zwischen Flüchtlingen aus Afrika und beispielsweise aus Syrien oder anderen weißen Ländern. Wir Schwarzen sind mit heftigen Vorurteilen konfrontiert", berichtet Guyllian Mukendi, der vor zehn Jahren aus dem Kongo nach Brasilien flüchtete. Inzwischen weiß er, dass sich in Brasilien der alltägliche Rassismus gegen alle richtet, die eine dunkle Hautfarbe haben. "Wenn du als Schwarzer hierher kommst, schauen die Leute dich nicht an, sie halten dich für gefährlich, für jemanden, der Böses tun will."

Tief verwurzelter Rassismus

2017 war die Zahl der Asylanträge in Brasilien so hoch wie noch nie. Knapp 34.000 Gesuche gingen bei der zuständigen Behörde Conare ein. Gut die Hälfte davon kamen von Venezolaner*innen, die zu meist im nordbrasilianischen Bundesstaat Roraima die gemeinsame Grenze überquerten. Die meisten von ihnen gaben an, wegen der akuten Versorgungskrise in Venezuela zu migrieren und hoffen, in Brasilien vorübergehend Arbeit und ein besseres Auskommen zu finden. Doch der Amazonasstaat Roraima ist mit dem plötzlichen Ansturm völlig überfordert.

Viele provisorische Notunterkünfte sind überfüllt. Und obwohl Migrant*innen in Brasilien während ihres Asylverfahrens arbeiten dürfen, leben die meisten Ankommenden aus Venezuela unter prekären Umständen. Brasiliens konservative Regierung benutzt die Zufluchtsuchenden gerne als Beweis für die Misswirtschaft des linksnationalistischen Präsidenten Nicolás Maduro im ständig kritisierten Nachbarland.

Die meisten Menschen, die Richtung Brasilien migrieren, stammen aus lateinamerikanischen oder karibischen Ländern. Sie

flüchten vor Konflikten oder Notlagen, die weniger Schlagzeilen machen als die Kriege in Nahost. Isabel Marquez, Repräsentantin des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge in Brasilien, benennt die Jugendbanden in Mittelamerika: "Die Krise in Mittelamerika hat sich deutlich verschlimmert. Die Zahl der Menschen, die aus Guatemala, Honduras oder El Salvador flüchten, ist in den letzten fünf Jahren sprunghaft angestiegen." Es seien inzwischen über 170.000 Zufluchtsuchende – zumeist Frauen und Kinder, die vor dem Treiben krimineller Banden flüchteten, sagt Marquez.

Viele der Migrant*innen aus der Region haben allerdings kaum Chancen, als Zufluchtsuchende anerkannt zu werden. Das betrifft auch die tausenden Arbeitssuchenden aus den Andenländern. Die offiziellen Statistiken zeigen deswegen ein unvollständiges Bild der Einwanderung. Die knapp 10.000 Migrant*innen, die nach den letzten offiziellen Angaben bis Ende 2016 als Flüchtlinge anerkannt wurden, stammen aus über 80 Ländern. Die meisten von ihnen aus Afrika und aus Nahost. Außerdem nahm Brasilien rund 2.000 Syrer*innen im Rahmen eines Sonderprogramms [1] auf.

Erleichtertes Bleiberecht nur auf dem Papier

Seit November vergangenen Jahres haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für Migration allerdings verändert. Ein neues Migrationsgesetz trat in Kraft und löste die geltenden Richtlinien noch aus Zeiten der Militärdiktatur ab, die Migration nur aus dem Blickwinkel der nationalen

Sicherheit betrachteten. Das neue Gesetz gilt als fortschrittlich, weil es den Familiennachzug erleichtert und die Erteilung von Visa und Bleiberecht aus humanitären Gründen vorsieht.

Doch die neue konservative Regierung unter Präsident Michel Temer verabschiedete gleichzeitig ein Dekret, mit dem nach Meinung von Menschenrechtler*innen wesentliche rechtliche Fortschritte des neuen Gesetzes in der Praxis wieder rückgängig gemacht werden. "Das neue Gesetz legt fest, dass in Brasilien humanitäre Visa eingeführt werden. Aber in Temers Dekret wird die Umsetzung dieses Rechts auf die lange Bank geschoben," kritisiert Camila Asano von der Menschenrechtsorganisation Conectas. Deswegen sei diese Form von Bleiberecht nur schwer zu bekommen. Gerade im Fall der Venezolaner*innen, die derzeit die größte Gruppe von Migrant*innen sind, wäre dies wichtig, argumentiert Asano.

Menschen auf der Flucht werden kriminalisiert

Auch Festnahmen und Abschiebungen von Migrant*innen, die keine Papiere haben, werden durch dieses Dekret ermöglicht. Also genau das Gegenteil dessen, was die Mitte-links-Regierung der inzwischen abgesetzten Präsidentin Dilma Rousseff bezweckte, als sie das Gesetz auf den Weg brachte, meint Camila Asano: "Die Auffassung, dass Migranten aufgrund der Tatsache, dass sie flüchten mussten, festgenommen werden dürfen, ist eine völlig überholte Sichtweise. Sie definiert Migration als Frage der nationalen Sicherheit und nicht als

Menschenrecht. Es ist die Vision derjenigen, die nicht verstehen, dass Migration Teil der menschlichen Realität ist."

Für den Migrationsexperten Paulo Illes hat das Ende November verabschiedete Dekret alle in der Migrationspolitik geplanten Fortschritte zunichte gemacht. Brasilien sei nun auf die repressive Linie der Industriestaaten eingeschwenkt: "Es soll so aussehen, als ob Brasilien die Zufluchtsuchenden aufnimmt. Aber in Wirklichkeit folgen wir jetzt der Logik, die in den USA oder in der Europäischen Union angewendet wird: Die Menschen, die auf der Flucht sind, werden kriminalisiert", sagt Illes.

Ein Audiobeitrag zu diesem Artikel ist abrufbar unter:
<https://www.npla.de/podcast/brasilien-statt-fortschrittlicher-migrationspolitik-kriminalisierung-von-fluechtenden/>

Anmerkung:

[1] <https://www.npla.de/poonaal/mehr-visa-fuer-syrische-gefluechtete/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/kriminalisierung-von-fluechtenden-statt-fortschrittlicher-migrationspolitik/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonaal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
E-Mail: poonaal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München

Ein Jahr Trump: Von wegen Protektionismus

von Max Bank, LobbyControl [1], 3. Februar 2018

Für die meisten Journalisten, Experten und Politiker in Deutschland und Europa ist die Sache klar. Trump ist Protektionist. Und das ist schlecht. So viel zur Rhetorik. Die Wirklichkeit ist deutlich komplexer. Einer Analyse [2] der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung zufolge sei von Trump "weniger ein handelspolitischer Protektionismus und eine industriepolitische Modernisierung zu erwarten, als vielmehr weitere Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung" (vgl. Einleitung Studie, S. 4).

Unsere These: Die Bundesregierung und die EU-Kommission benutzen ihre Kritik am angeblichen US-Protektionismus, um ihre "Freihandelsoffensive" zu legitimieren. Und das mit Erfolg: Denn ein Großteil der bislang kritischen handelspolitischen Öffentlichkeit glaubt die Mär von der bösen, nationalistischen US-Administration und den guten liberalen Europäern. Ein fataler Trugschluss.

Das Kernargument der Studie

Laut der Studie der Hans-Böckler-Stiftung umfasst Trumps handelspolitische Strategie in erster Linie die Androhung von protektionistischen Maßnahmen, um weitere Marktzugänge für technologisch führende US-Unternehmen, etwa aus der IT-Branche, zu

erreichen. So hat Trump bislang Strafzölle für die europäische Stahlindustrie immer nur angedroht, aber noch nicht umgesetzt. Insbesondere gegenüber Europa sind laut Böckler-Stiftung umfassende und vor allem dauerhafte protektionistische Maßnahmen auch weiterhin nicht zu erwarten. So sind die vergangene Woche angekündigten Strafzölle [3] gegen Waschmaschinen und Solarpanels aus Asien auch eher als Warnung der US-Administration gegenüber Europa zu verstehen.

USA und EU: Selektiv Freihandel, selektiv Protektionismus

Die Böckler-Studie (S. 11) zitiert aus der handelspolitischen Agenda von Trump. Darin heißt es, es gehe um das "Niederreißen von unfairen Handelsbarrieren auf anderen Märkten" (USTR 2017a: 1; Übersetzung ChS). In den Verhandlungen soll Reziprozität erreicht werden, und zwar indem "alle möglichen Hebel zur Öffnung fremder Märkte" genutzt werden.

Trump will also - wie übrigens auch Deutschland und die EU - mit seiner Agenda wettbewerbsfähige US-Konzerne stärken und für sie neue Märkte öffnen. Das bedeutet selektiv Protektionismus und selektiv Freihandel. Der Un-

terschied bei Trump: Er setzt vor allem auf Uni-beziehungsweise Bilateralismus, weil er sich der US-Stärke und Machtposition bewusst ist. Und genau das verärgert die Europäer.

Obwohl sie eigentlich nichts anderes machen. Gegenüber den lateinamerikanischen Staaten geht es im Mercosur-Abkommen vor allem um die weitere Öffnung der Märkte für Industrieprodukte europäischer Unternehmen und einen weitmöglichen Schutz der europäischen Agrarmärkte [4]. Oder beim EU-Japan Abkommen: Die EU will mehr Zugang zum japanischen Markt für Agrarprodukte und öffnet im Gegenzug den Automobilmarkt für japanische Unternehmen. Hinzu kommt: Gegenüber China etwa hat auch die EU-Strafzölle verhängt [5], etwa bei Billig-E-Bikes aus China.

Kommission und Bundesregierung als Kämpfer für den globalen Freihandel

Der angebliche Protektionismus der USA wird als Hauptargument für die "Freihandels"-Offensive der EU-Kommission, der Bundesregierung und anderer westlicher Industriestaaten, wie etwa Japan, angeführt. Handelskommissarin Malmström stilisiert die

Handelsdirektion der EU-Kommission derzeit zur Speerspitze des "Freihandels" [6] in der Welt hoch. Ähnliches gilt für Angela Merkel. "Protektionismus sei nicht die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Welt," so die Kanzlerin in ihrer Rede [7] beim Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos am 24. Januar. Das gilt auch für andere führende europäische Staaten, wie etwa Großbritannien. Premierministerin May bestätigte in ihrer Rede beim WEF, dass Großbritannien "ein Befürworter des Freihandels" [8] bleibe.

Unternehmensverbände trommeln für "Freihandel"

Lautstarke Unterstützung dafür bekommen Kommission und Bundesregierung vor allem von sämtlichen Industrie- und Unternehmensverbänden auf beiden Seiten des Atlantiks. Sie fordern einen handelspolitischen Aufbruch und umfassende Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen.

So forderte [9] etwa der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) Mitte Januar, dass sich "die künftige Bundesregierung klar gegen offenen und versteckten Protektionismus einsetzen [müsse]. Auch die von der Metall- und Elektroindustrie finanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) fordert weitere bilaterale Handelsabkommen nach dem Vorbild des EU-Kanada-Abkommens CETA. Damit könne "der Verlust der USA als verlässlicher Handelspartner kompensiert werden." [10]

"Glückwunsch zur Steuerreform" (Joe Kaeser, Siemens)

Im selben Atemzug loben übrigens BDI und INSM die Unternehmenssteuersenkungen in den USA, die den globalen Steuerwettbewerb nach unten weiter verstärken werden. So fordert BDI-Präsident Dieter Kempf "steuerpolitische Strukturreformen" [11] von der künftigen Bundesregierung. Beim gemeinsamen Abendessen beim Weltwirtschaftsforum in Davos erfuhr Donald Trump zudem deutliches Lob [12] von Dax-Unternehmenslenkern, wie Siemens Chef Joe Kaeser und SAP-Chef Bill McDermott, für seine Steuerreform und seine Deregulierungsmaßnahmen der vergangenen 12 Monate.

In die gleiche Kerbe schlägt die US-Handelskammer, der mächtigste Unternehmensverband der Vereinigten Staaten, wie in der Neujahrsrede [13] ihres Präsidenten deutlich wird. Die Kammer setzt sich vehement für das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA ein und feiert die US-Steuersenkungen für Unternehmen in den USA infolge der Steuerreform. Die US-Handelskammer begrüßt auch den Abbau von Regulierung, etwa im Umweltschutz.

Die Unternehmensinteressen spielen eine wichtige Rolle in der Arbeit der aktuellen US-Regierung und des Kongress. Trump hat das beim Weltwirtschaftsforum in Davos nochmal deutlich gemacht: "We have a very pro-business group" (Zitat aus der Rede).

Zivilgesellschaft kritisiert einseitige Politik für Konzerne

In der Handelspolitik des 21. Jahrhunderts geht es längst nicht mehr in erster Linie um Zollsenkungen, sondern mehr um die Angleichung von Standards zwischen unterschiedlichen Handelsblöcken. Interesssanterweise haben sich gerade in dieser Hinsicht die USA gegenüber der EU offen gezeigt [14]. Wie lange in dieser Hinsicht also die TTIP-Verhandlungen auf Eis liegen, bleibt abzuwarten.

Die Kritik der amerikanischen und europäischen Zivilgesellschaft an der Handelspolitik ist deshalb mitnichten eine antiliberale, nationalistische Kritik. Sie ist vielmehr eine Kritik daran, wie in erster Linie Politik für große, transnationale Unternehmen gemacht wird - dadurch, dass es Mechanismen in Handelsabkommen gibt, die ihren Einfluss stärken. Dazu gehören die umstrittenen einseitigen Konzernklagerechte (ISDS, ICS), aber auch das neue Einfallstor für Unternehmensinteressen über regulatorische Kooperation [15].

Nach der kritischen öffentlichen Debatte der vergangenen Jahre nimmt die europäische Öffentlichkeit dies bedauerlicherweise einfach hin. Dabei ist die Handelspolitik weiterhin intransparent und dient in erster Linie Konzerninteressen - und zwar auf beiden Seiten des Atlantiks. Das gilt trotz der unterschiedlichen Rhetorik.

Erstveröffentlichung:

<https://www.lobbycontrol.de/2018/01/ein-jahr-trump-von-wegen-protektionismus/>

Anmerkungen:

- [1] <https://www.lobbycontrol.de/author/max/>
[2] https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_053_2017.pdf
[3] <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Europa-ist-Trumps-naechstes-Ziel-article20251802.html>
[4] <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1072988.mercosur-staaten-freihandelsabkommen-im-endspurt.html>
[5] <https://www.welt.de/wirtschaft/article170652069/Sortickst-die-EU-beim-Freihandel.html>
[6] <https://www.reuters.com/article/us-eu-trade/america-last-eu-says-trump-is-losing-on-trade-idUSKBN1F425S>
[7] [\[tung-15414996.html\]\(http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/weltwirtschaftsforum/may-grossbritannien-bleibt-befuerworter-des-freihandels-15416883.html\)
\[8\] <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/weltwirtschaftsforum/may-grossbritannien-bleibt-befuerworter-des-freihandels-15416883.html>
\[9\] <https://bdi.eu/#/artikel/news/ein-jahr-donald-trump-kein-grund-zur-entwarnung/>
\[10\] <http://www.insm.de/insm/Publicationen/positionen/freihandel.html>
\[11\] <https://bdi.eu/#/artikel/news/ein-jahr-donald-trump-kein-grund-zur-entwarnung/>
\[12\] <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/weltwirtschaftsforum/sap-chef-donald-trump-bringt-schwung-in-die-weltwirtschaft-15417904.html>
\[13\] <https://www.uschamber.com/event/2018-state-american-business-address>
\[14\] \[\\[ly-news/transatlantic-economic-council-may-take-ttip-regulatory-cooperation-work\\]\\(http://www.lobbycontrol.de/2017/11/handelspolitik-einhegung-der-demokratie-in-europa/\\)
\\[15\\] <https://www.lobbycontrol.de/2017/11/handelspolitik-einhegung-der-demokratie-in-europa/>\]\(https://insidetrade.com/dai-</p></div><div data-bbox=\)](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/weltwirtschaftsforum/merkel-warnt-vor-abschot-</p></div><div data-bbox=)

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Johanna Heuveling
E-Mail: johanna.heuveling@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtschaft/pwmg0064.html>

POLITIK / UNO / MELDUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Kuba ratifiziert den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen

von Prensa Latina [1], 3. Februar 2018

New York, USA - 03.02.2018. Kuba steht nun auf der Liste der Länder, die den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen ratifiziert haben, und beweist damit sein Engagement für die Nichtverbreitung nuklearer Waffen.

Die Ständige Vertreterin Kubas bei den Vereinten Nationen, Anayansi Rodriguez, gab bekannt, dass sie am Vortag die Urkunde zur Ratifi-

zierung dieses Vertrags in einer offiziellen Zeremonie hinterlegt hat.

Mit dieser Aktion bestätigt das karibische Land, dass es der Abrüstung höchste Priorität einräumt, so ein Kommuniqué der diplomatischen Vertretung Kubas bei den Vereinten Nationen.

Der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen wurde am 20. Sep-

tember 2017 vom kubanischen Außenminister Bruno Rodriguez und Vertretern von 41 weiteren Staaten unterzeichnet.

Kuba ist das fünfte Land, das die Konvention bereits ratifiziert hat.

Dieses internationale Rechtsinstrument verpflichtet die Vertragsstaaten, keine Atomwaffen und Sprengkörper zu entwickeln,

zu testen, zu produzieren, herzustellen, anderweitig zu erwerben, zu besitzen oder zu lagern.

Der Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen, der am 17. Juli 2017 von 122 UN-Mitgliedsstaaten angenommen wurde, zielt darauf ab, eine Welt zu schaffen, die frei von diesen tödlichen Waffen ist.

Er kann jedoch erst dann in Kraft treten, wenn 50 Staaten ihre nationalen Ratifizierungsprozesse abgeschlossen haben.

Kuba hat wiederholt vor der Bedrohung der Existenz der Menschheit durch Atomwaffen sowie vor den katastrophalen Folgen ihres Einsatzes gewarnt.

Anmerkung:

[1] www.prensa-latina.cu

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Johanna Heuveling
E-Mail: johanna.heuveling@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/uno/punm0256.html>

POLITIK / REDAKTION / NAHOST

Das Jemen-Desaster -

Genetik der Kriegsvorwände

(SB) 5. Februar 2018 - Im Jemen nimmt das Kriegschaos dermaßen zu, daß sich das Ende des Landes als einheitlicher Staat abzeichnet. Deutlicher Vorbote der unheilvollen Entwicklung sind die blutigen Kämpfe Ende Januar in der Hafenstadt Aden, die mehreren Dutzend Menschen das Leben kosteten. Südliche Separatisten haben mit der militärischen Unterstützung der Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) den Truppen des Interimspräsidenten Abd Rabbu Mansur Hadi eine schwere Niederlage bereitet und sie dort quasi als Machtfaktor ausgeschaltet. Das Vorpreschen jener Kräfte, die im Süden offen herbeigeführten Einigung des schiitisch geprägten Nordjemens mit dem einst sozialistischen Südjemen propagieren, erfolgt nur wenige Wochen nach dem Tod Al Abdullah Saleh. Dieser war lange Jahre Präsident Nordjemens, wurde danach Staatsoberhaupt des neuen gemeinsamen Staats und ließ 1994 einen Aufstand der Südjemeniten, die sich durch den Vereinigungsprozeß benachteiligt fühlten, brutal niederschlagen.

Infolge von Massenprotesten gegen Vetternwirtschaft sowie aufgrund massiven Drucks der USA und Saudi-Arabiens trat Saleh 2012 äußerst widerwillig aus der aktiven Politik zurück.

An seine Stelle trat der bisherige Stellvertreter Hadi, der in vorübergehender Funktion der Ausarbeitung einer neuen Verfassung vorstehen sollte. Als jedoch Hadi den Reformprozeß verschleppte, um länger im Amt bleiben zu können, überrannten Ende 2014 die Kämpfer der schiitischen Huthi-Milizen die Hauptstadt Sanaa. Anfang 2015 setzte sich Hadi nach Aden ab und erklärte diese zur provisorischen Hauptstadt. Um die Einnahme der strategisch wichtigen Hafenmetropole durch die Huthis, die Beistand erhielten von jenem 60 Prozent der jemenitischen Streitkräfte, die weiterhin dem Saleh-Klan die Treue hielten, zu verhindern, griffen im März 2015 Saudi-Arabien und die VAE militärisch ein. Zusammen mit den südlichen Separatisten und der hadi-treuen Präsidialgarde haben die Saudis und die Emirater die Huthi-Saleh-Armee zurückgedrängt.

Seitdem wird erbittert gekämpft, vor allem um die Stadt Taiz, die auf halber Strecke zwischen Sanaa und Aden liegt. Bisher hat sich keine der beiden Seiten als fähig erwiesen, das Territorium des Gegners großflächig oder langfristig zu erobern. Der Jemen-Konflikt ist praktisch zum Stellungskrieg geworden, weswegen Saudi-Arabien und die VAE vor allem mit Luftangriffen und einer Handelsblockade die Huthis in

die Knie zu zwingen versuchen - bislang vergeblich. Auch der plötzliche Seitenwechsel Salehs Ende letzten Jahres hat Riad und Abu Dhabi nicht genutzt. Der Ex-Präsident hat sich politisch ins Abseits manövriert und dafür mit dem Leben bezahlt, während die meisten seiner früheren Soldaten von den Huthis doch nicht abrückten. Dies könnte sich aber irgendwann einmal ändern. Medienberichten zufolge ist zur Jahreswende Tarek Mohammed Saleh, der Neffe des verstorbenen Ex-Präsidenten und einst Oberbefehlshaber der jemenitischen Spezialstreitkräfte, nach Aden geflohen und hat sich in die Obhut der Emirater begeben. Es wird erwartet, daß dieser zum potentiellen Huthi-Bezwinger aufgebaut wird.

In den letzten zweieinhalb Jahren haben sich die Verhältnisse unter den verschiedenen Gruppen im Süden und ihren ausländischen Gönnern zum Schlechten entwickelt. An Hadi vorbei haben die Emirater die südlichen Separatisten protegiert, sie militärisch ausgebildet und aufgerüstet. Im April 2017 wurde in Aden der Südliche Übergangsrat (Southern Transitional Council - STC) gegründet, dem unter anderen die Gouverneure der Gouvernements Al-Mahra, Ad-Dali, Hadraumaut, Lahidsch und Sokotra angehören. Es waren STC-treue Streitkräfte, die am 28. Januar in Aden Stellungen der Präsidialgarde angegriffen haben. Anlaß war die Weigerung Hadis, die vom STC als korrupt bezeichnete Regierung um Premierminister Ahmad Obeid Bin Daghr zu entlassen. Mit Hilfe der Emirater, deren

Kampfjets entscheidend eingriffen, haben die südlichen Separatisten alle Stützpunkte in Aden erobert. Am Ende war die Regierung und mit ihr die präsidentiale Schutztruppe um Hadis Sohn im Präsidentenpalast umzingelt. Auf Vermittlung Riads und Abu Dhabis wurden die Kämpfe eingestellt. Nach der eindeutigen Klärung der Machtverhältnisse hat sich der STC herabgelassen, seine Treue zu Hadi auszusprechen und ein Bekenntnis zur jemenitischen Einheit abzugeben. Wer dem glaubt, wird selig.

Hadi sitzt in Riad, quasi als machtloser Gefangener von König Salman und dessen ehrgeizigen Thronnachfolger Prinz Mohammed. Die Emirater wollen mit dem einstigen Stellvertreter Salehs nichts zu tun. Bei einem Besuch in Abu Dhabi im vergangenen Jahr hat die Königsfamilie Hadi wie einen Laufburschen behandelt und somit aller Welt demonstriert, daß er für sie kein ernstzunehmende Gesprächspartner mehr darstellt. Der einzige Grund, warum Hadi nicht längst fallengelassen wird, ist, daß Saudi-Arabien und die VAE seine Person weiterhin zur Legitimation für ihre anhaltende Kriegsintervention im Jemen brauchen.

Verkompliziert wird die Lage im Jemen durch den im vergangenen Jahr ausgebrochenen Streit Saudi-Arabiens und der VAE mit Katar, das von Riad und Abu Dhabi bezichtigt wird, durch Unterstützung der Moslebruderschaft den "internationalen Terrorismus" zu fördern. Die Konfrontation mit Doha hat die Saudis dazu veranlaßt, auf Distanz zur Islah-Partei im Jemen zu gehen, mit der Riad jahrelang gemeinsam den Säkularismus bekämpft hatte. Dies erklärt, warum Riad offenbar Abu Dhabi grünes Licht für das Vorgehen des STC gegen die Hadi-Regierung in Aden gegeben hat. Aus Sicht Saudi-Arabiens wird die Islah-Partei nicht mehr gebraucht. Doch dieses Kalkül könnte sich rächen, sollte sich die Islah-Partei in Richtung Al Kaida auf der arabischen Halbinsel (AQAP) umorientieren. Für eine solche Entwicklung gibt es bereits erste Anzeichen. Am 30. Januar kamen mindestens 15 Menschen ums Leben, als ein Selbstmordattentäter sein mit Sprengstoff gefülltes Auto vor einem Kontrollpunkt der südlichen Separatisten nahe Atak, Hauptstadt des Gouvernements Schwabwa, in die Luft jagte.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1574.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ...
Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

Somalia - gescheitert an beschränktem Interesse ...

(SB) 5. Februar 2018 - Die Bundeswehr beendet ihre Ausbildungsmission in Somalia. Das vorgebliche Ziel des Einsatzes - Aufbau einer Regierungsarmee, die die Kontrolle in dem Bürgerkriegsland zurückgewinnt - ist weitgehend gescheitert.

Der angekündigte Rückzug des deutschen Kontingents aus der EU-Ausbildungsmission Somalia (EUTM Somalia) steht grundsätzlich für die Fehleinschätzung, einem Land, dessen gesellschaftliche Struktur durch und durch von Clans bestimmt wird, von oben herab das eigene Staatsmodell aufdrücken zu können. In Folge der diversen ausländischen Interventionen in Somalia jüngerer Datums (seit 1991), zu der auch EUTM gerechnet werden muß, hat die Gewalt und Not in dem Land nicht ab-, sondern zugenommen.

Nach Angaben von SPIEGEL online [*] werden die deutschen Militärausbilder - derzeit fünf an der Zahl - bis Ende März 2018 zurückgezogen. Diese haben sich auf dem Flughafen der Hauptstadt Mogadischu verschanzt, nehmen selber an keinen Militäreinsätzen im Land teil und bilden somalische Soldaten aus. Die Operation sei für den nötigen Aufwand und das Risiko für die deutschen Soldaten schlicht zu ineffektiv, habe es in der Bundeswehrführung zuletzt geheißt, so das Politmagazin.

Obgleich die somalische Regierung eine breite militärische Un-

terstützung aus dem Ausland erfährt, gelingt es ihr nicht, einen Staat zu bilden, der auch die Exekutivgewalt über das gesamte Territorium innehat, nicht einmal dann, wenn man die abtrünnigen Provinzen Somaliland und Puntland abzieht. Die islamistische Jugendorganisation al-Shabab kontrolliert noch immer weite Landesteile, obschon sie sich erstens der regulären somalischen Armee, zweitens der 22.000 Personen starken Truppe AMISOM mit Soldatinnen und Soldaten aus Äthiopien, Burundi, Dschibuti, Ghana, Kenia, Nigeria, Sierra Leone und Uganda (die im wesentlichen die Hauptstadt sichern) und drittens Spezialeinheiten der USA (und womöglich weiterer NATO-Staaten) sowie viertens Drohnenangriffen seitens der USA ausgesetzt sieht.

Auch al-Shabab erhält massive ausländische Unterstützung, ohne die sich die Islamisten vermutlich nicht gegen die Übermacht behaupten könnten. Nicht zuletzt aber haben sie den Vorteil der stärkeren Verbundenheit mit der Bevölkerung, wohingegen sich in der Wahrnehmung vermutlich vieler Somalier die Regierungssoldaten hinter ausländischen Kräften verstecken und sich von ihnen schützen lassen. Das mag vielleicht aus Sicht beispielsweise mancher Exil-Somalier kein Problem sein - verständlicherweise, wenn man bedenkt, daß das Gegenmodell - ein strenges Scharia-Regime der Islamisten - ebenfalls ein von außen auf die soma-

lische Clanstrukturen oktroyiertes Gesellschaftsmodell wäre -, hat aber hinsichtlich des geringen Vertrauens in die Regierungssoldaten seitens der Bevölkerung große Bedeutung.

Die Verbundenheit mit starken islamistischen Kräften hatte sich im Jahr 2006 besonders deutlich gezeigt, als vorübergehend die Union der Islamischen Gerichte die Kontrolle über Mogadischu übernommen und die damals dort vorherrschenden Banden und Wegelegerer (trotz deren Finanzierung und Bewaffnung durch den US-Geheimdienst CIA) vertrieben hatte. Rund ein halbes Jahr lang galt die Hauptstadt als sicher, doch handelte es sich um jene Grabessicherheit, die Auspeitschen, Hände abhacken, Steinigen und andere Bestrafungen des implementierten islamischen Rechts zu erzeugen im Stande war.

Die westlichen Militärinterventionen wie EUTM Somalia und EU NAVFOR Somalia (EU-See Streitkräfte Somalia; auch Operation Atalanta genannt) sowie die erwähnte AMISOM sind und bleiben Fremdkörper in einem Land, in dem spätestens seit Beginn der Kolonialzeit immer wieder ausländische Interessen versucht haben, ihre Vorstellung von Staatenbildung durchzusetzen. Das Anliegen richtete sich dabei wohl weniger auf die Perspektive, eines Tages - falls das Nation Building funktioniert und die politische Lage stabil bleibt - Roh-

stoffe sicherstellen zu können, wie es hin und wieder zu lesen ist, als vielmehr darum, an dieser herausragenden geostrategischen Schnittstelle zwischen Afrika und der Arabischen Halbinsel sowie an einer der weltweit bedeutendsten Seeverbindungen - Suez-Kanal, Rotes Meer, Golf von Aden, Indischer Ozean - dauerhaft Fuß zu fassen.

Der Rückzug der Bundeswehr aus EUTM bedeutet nicht, daß Deutschland beabsichtigt, seine hegemonialen Interessen in dieser Weltregion aufzugeben. So ist die Bundeswehr mit bis zu 600 Einsatzkräften an EU NAVFOR beteiligt, die von Anfang an die grö-

ßere und deutlich gewichtigere militärische Mission in Somalia war, und von einer Einstellung dieses Mandats war in dem SPIEGEL-Bericht nicht die Rede. In vielerlei Hinsicht gescheitert ist das erklärte Ziel von EUTM und damit auch der Bundeswehr.

Wahrscheinlich wäre der Bürgerkrieg in Somalia längst zu Ende gegangen, wenn nicht ständig von außen her versucht würde, an den Menschen vor Ort vorbei das Land nach eigenen Vorstellungen zu formen. Ein anderes Interesse ist auch bei der Bundeswehr als exekutiver Arm der Bundesregierung und des Wirtschaftsstandorts Deutschland nicht zu erkennen. Ansonsten hät-

te man von Anfang an, also seit dem Staatszerfall 1991, mehr Wert auf die Selbstbestimmung der Menschen gelegt. Wer jedoch nach dem Motto vorgeht, am deutschen Wesen soll die Welt genesen, produziert Leid und Elend, wo auch immer er seinen Stiefelabdruck im Boden hinterläßt.

Anmerkung:

[*] <http://www.spiegel.de/politik/ausland/bundeswehr-zieht-aus-somalia-ab-a-1190832.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/afka2160.html>

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Das Jahr fängt nicht gut an: Verschwundene und Ermordete in Mexiko

von Nina Aretz

(Berlin, 2. Februar, npl) - Gerade 13 Tage war das Jahr 2018 alt, als in Mexiko der erste Journalist des Jahres ermordet wurde. Maskierte Unbekannte stoppten am 13. Januar 2018 das Auto des Journalisten Carlos Domínguez Rodríguez im Zentrum von Nuevo Laredo, Tamaulipas und erschossen ihn am helllichten Tag. Die Familienmitglieder, die sich im Auto befanden, mussten dem Mord tatenlos zusehen.

Der erste Mord an einem unabhängigen Journalisten

Carlos Domínguez Rodríguez war Journalist und Kolumnist bei der Tageszeitung Noroeste Digital und beim Nachrichtenportal Horizonte de Matamoros. 40 Jahre hat er als unabhängiger Journalist gearbeitet und sich durch seine kritische Haltung gegenüber lokalen Machthaber*innen ausgezeichnet. Einen Tag vor seinem Tod veröffent-

lichte er einen Text mit dem Titel: "Die Gewalt im Vorfeld der Wahlen lässt den mexikanischen Erdboden erzittern" in dem er die staatliche Sicherheitspolitik sowie die Straflosigkeit in den letzten 18 Jahren anprangert. Der Sohn von Carlos Domínguez Rodríguez gab an, dass einige lokale Staatsdiener*innen durch die investigative journalistische Arbeit seines Vaters ihren Posten verloren hätten.

Der Journalist Agustín Silva ist unauffindbar

Am 22. Januar 2018 meldete ein Anghöriger das Verschwinden des Journalisten Agustín Silva Vázquez im süd mexikanischen Bundesstaat Oaxaca. Er arbeitet für die Zeitung El Sol de Istmo und El Sur. Am 16. Januar 2018 war er als Reporter bei einem Militäreinsatz anwesend: Dort verhaftete das Militär drei Personen und beschlagnahmte Waffen, Kokain und Crystal Meth. Lucio Silva, der Vater von Agustín Silva, gab an, sein Sohn sei einige Tage nach dem Militäreinsatz aufgefordert worden, Falschaussagen für die Verhafteten zu machen, was der Journalist aber wohl ablehnte. Zuletzt wurde er am Abend des 21. Januars 2018 gesehen, bevor er sich, nach eigenen Angaben, auf den Weg zu einem Informanten begab. Sein Auto wurde in 40 km Entfernung von seinem Heimatort Matías Romero gefunden. Mittlerweile haben sich die internationale Organisation Article 19(*), die Kommission für Menschenrechte von Mexiko-Stadt (Comisión de Derechos Humanos de la Ciudad de México) sowie die Ombudsstelle für Menschenrechte Oaxaca (Defensoría de los Derechos Humanos del Pueblo de Oaxaca) eingeschaltet und fordern den Bundesstaat Oaxaca auf, die Ermittlungen aufzunehmen und deren Stand zu veröffentlichen. Auch die Menschenrechtskommission der UNO forderte eine lückenlose Aufklärung des Verschwindens von Agustín Silva und solidarisierte sich mit der Familie.

Nach der Statistik von Reporter ohne Grenzen [1] ist Mexiko mit elf ermordeten Journalist*innen im Jahr 2017, nach Syrien (z zwölf

Ermordete), das gefährlichste Land für Pressevertreter*innen.

Streikführer Quintín Salgado Salgado erschossen

Quintín Salgado, 37 Jahre, arbeitete als Kumpel in der Mine Media Luna der kanadischen Firma Torex Gold. Am 24. Januar 2018 erschoss ihn eine Gruppe Bewaffneter in Nuevo Balsas, Cocula, Guerrero. Das ist bereits der dritte Mord an (Ex-)Minenarbeitern, der im Kontext der Arbeitskämpfe und der Besetzung der kanadischen Mine Torex Gold geschehen ist: Am 18. November 2017 wurden die Brüder Víctor und Marcelino Sahuanitla Peña an einem Streikposten, der der Leitung der Mine den Zugang verwehren sollte, exekutiert. Torex Gold ist schon länger wegen Missachtung der Arbeitsrechte sowie Verstößen gegen Umweltauflagen in den Schlagzeilen. Seit dem 3. November 2017 befinden sich die Arbeiter im Streik, um u.a. den Abschluss eines Tarifvertrags zu erreichen.

Torex Gold entließ Quintín Salgado im Jahr 2016, da er sich mit den Fischer*innen solidarisiert hatte, die die Mine besetzt hielten, um eine Entschädigung zu erhalten. Sie können ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen, da der Fluss Balsas durch den Goldabbau mit Zyanid verseucht ist. Auch nach seiner Entlassung engagierte sich Quintín Salgado weiterhin stark im Arbeitskampf der Minenarbeiter.

Schon der dritte Mord im Zusammenhang mit den Arbeitskämpfen bei Torex Gold

Alle drei Morde werden dem Unternehmen Torex Gold und ihren

Handlangern, dem größten mexikanischen Gewerkschaftsbund CTM (Confederación de Trabajadores Mexicanos), zugeschrieben. Roberto Hernández Mojica, Generalsekretär der Abteilung 17 der Gewerkschaft für Bergbau und Metall SNTMMSSRM (Sindicato Nacional de Trabajadores Mineros, Metalúrgicos, Siderúrgicos y Similares de la República Mexicana) gab an, dass der Mord an Quintín Salgado im Zusammenhang mit seiner Unterstützung für die Streikenden stehe. Der Gewerkschafter Napoleón Gómez Urrutia fügt hinzu: "Das Attentat, verübt von den Killern der CTM und geschickt von Torex Gold, wurde auf heimtückische und brutale Art und Weise ausgeführt. Es reiht sich in die Aggressionen und Willkür dieser unternehmerischen und gewerkschaftlichen Mafia ein."

Guadalupe Campanur, Waldschützerin und indigene Aktivistin der p'urhépecha, erdrosselt

Die Leiche der 32-jährigen Guadalupe Campanur wurde am 16. Januar 2018 auf der Landstraße zwischen Carapan und Playa Azul in der Gemeinde Chilchota im Bundesstaat Michoacán aufgefunden. Die Aktivistin kämpfte seit 2011 für die Rückgabe des Gemeindelandes Cherán in Michoacán, war Mitbegründerin der Selbstverwaltung der Gemeinde (Ronda Comunitaria) und Teil der Waldschutzgruppe.

Seit 2011 kämpft die indigene p'urhépecha Gemeinde Cherán gegen illegale Abholzung, die mit Hilfe der Drogenmafia und der lokalen Polizei vorangetrieben wird. Nachdem die Holzfäller

2011 zwei Dorfbewohner ermordet und weitere verletzt hatten, beschlossen die p'urhépecha ein eigenes Sicherheitskonzept aufzubauen. Sie benötigen für ihr Leben das Holz, den Harz und medizinische Pflanzen, die ihnen der bereits stark dezimierte Wald zur Verfügung stellt.

Einschüchterungen gegen widerständige Gemeinde

Carolina Lunuen, Freundin von Guadalupe Campanur, schreibt: "Den Mord kann man auch als Einschüchterungsversuch interpretieren, um die zum Schweigen zu bringen, die mit ihren über den Widerstand hinausgehenden Gemeindeaktivitäten das Leben wirklich verbessern wollen. Es ist auch eine Form des Terrors gegen Frauen und zeigt schließlich die Methode des Ethnozids, um den Kampf für das Leben durch die p'urhépecha Gemeinde von Cherán, zurückzudrängen."

Aktivist*innen, Journalist*innen, Familie und Freunde haben eine Kampagne unter dem Hashtag #JusticiaparaLupita ins Leben gerufen, in der gefordert wird, dass der Mord an Guadalupe Campanur nicht ungestraft bleibt.

Der Mord an Campanur geschah fast ein Jahr nach dem Mord an dem Waldschützer Isidro Balde-negro [2], der für seinen unermüdlichen Kampf für die Wälder der Sierra von Chihuahua den Goldman-Umweltpreis erhielt.

Der Bericht "Die Erde verteidigen" (Defender la Tierra [3]) von Global Witness gibt an, dass im Jahr 2016 mit 201 Fällen die mei-

sten Morde an Umweltschützer*innen in 24 Ländern registriert wurden. 60 Prozent der Ermordeten wurden in Lateinamerika getötet. Besonders betroffen sind Brasilien (49), Kolumbien (37), Honduras (14) und Nicaragua (11). In Mexiko gab es im Jahr 2016 drei registrierte Fälle. Auch in Guatemala (6) und in Peru (2) kam es zu Morden an Umweltschützer*innen.

(*) Unabhängige britische Organisation, die es sich seit 1987 zur Aufgabe macht, den Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auf Meinungsfreiheit zu verteidigen.

Anmerkungen:

- [1] https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Jahresbilanz/Jahresbilanz_der_Pressefreiheit_2017.pdf
- [2] <https://www.npla.de/poonal/chihuahua-preisgekroenter-umweltaktivist-ermordet>

[3] <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/defender-la-tierra>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/das-jahr-faengt-nicht-gut-an-verschwundene-und-ermordete-in-mexiko/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0309.html>

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Veracruz: In sieben Jahren 346 geheime Gräber gefunden

von Gerold Schmidt

(Mexiko-Stadt, 31. Januar 2018, *npl*) - Der Generalstaatsanwalt des Bundesstaates Veracruz, Jorge Wincker Ortiz, berichtete vor dem lokalen Parlament über die Funde der Überreste von mut-

maßlich ermordeten Personen. Demnach sind in 44 der 212 Landkreise des Bundesstaates insgesamt 346 geheime Gräber entdeckt worden, in denen sich Skelette, Schädel und zehntau-

sende Knochenteile befanden. Der Großteil der Funde, die vielfach nur aufgrund der gemeinsamen Suche der Familienangehörigen von Verschwundenen gemacht werden konnten, konzentrierte sich auf vier Landkreise, unter denen die Hauptstadt Veracruz herausragt. (Poonal berichtete mehrfach über die Funde auf dem Gelände Colinas de Santa Fe [1], am Rand der Hafenstadt Veracruz).

Weniger als die Hälfte der Leichen wurden bisher identifiziert. Menschenrechtsorganisationen und Initiativen von Familienangehörigen beklagen immer wieder die Hindernisse, die ihnen bei der Suche - die eigentlich staatliche Instanzen vorantreiben müssten - in den Weg gelegt werden. Ein Mitglied des Kollektivs Auf der Suche nach unseren Verschwundenen (Colectivo Buscando a Nuestros Desaparecidos y Desaparecidas) beklagte in ei-

nem konkreten Fall, Staatsanwalt Winckler habe kein Interesse daran, nach Verschwundenen zu suchen. Er sei "gleichgültig und lustlos" angesichts der Fälle im Bundesstaat. "Er empfängt uns nicht. Es sei denn, ihm bleibt wegen der Präsenz des Staatssekretärs für Menschenrechte des Bundesinnenministeriums nicht anderes übrig."

2017: Täglich 16 Morde mehr als im Jahr zuvor

Gerade erst hat es die offizielle Bestätigung durch das mexikanische Innenministerium gegeben, dass 2017 das Jahr mit den meisten Morden in den vergangenen 20 Jahren in Mexiko war. Werden die Monatsstatistiken zusammengezogen, ergeben sich für das vergangene Jahr knapp über 29.000 offiziell registrierte Morde, ein Anstieg von mehr als 6000 Fällen gegenüber 2016.

Anmerkung:

[1] <https://www.npla.de/poonal/faehrtensuche-funde-geheimer-graeber-gehen-weiter/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/veracruz-in-sieben-jahren-346-geheimer-graeber-gefunden/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenspool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0308.html>

TIERE / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Abgas-Tierversuchs-Skandal: kein Einzelfall, sondern Teil eines fehlgeleiteten, eigennützigem, grausamen und überholten Systems

von Evelyn Rottengatter, 3. Februar 2018

In diesen Tagen sind die Medien voll mit Nachrichten zu Tierversuchen durch Autohersteller, die damit die "Unschädlichkeit" von Abgasen beweisen wollten, was an sich ein Unding ist, denn jeder weiß, dass man durch Abgase sterben kann, ob Mensch oder

Tier. Inzwischen wissen wir auch, dass dies rein zu PR-Zwecken geschah.

So bezeichnet der Bundesverband der Tierversuchgegner e.V. "Menschen für Tierrechte" dieses Vorgehen als unethisch und un-

wissenschaftlich [1]: "Hier wurden offensichtlich Tiere missbraucht, um eine PR-Kampagne für den Diesel zu fahren. Das Ziel war ganz klar, das giftige Potenzial der eigenen Technologien zu verharmlosen. Dabei hat die Weltgesundheitsorganisation sol-

che Abgase schon lange als krebserregend eingestuft", kritisiert Christina Ledermann, stellvertretende Vorsitzende vom Bundesverband Menschen für Tierrechte.

Aber leider sind diese schändlichen und völlig unnötigen Experimente kein Einzelfall und auch nicht auf die Autoindustrie begrenzt. Tierversuche sind inzwischen ein Milliarden-Geschäft, an dem viele verdienen. Es gibt Firmen, die sich darauf spezialisiert haben, wilde Tiere zum Beispiel in Mauritius, Kambodscha oder China einzufangen und dann an Tierversuchslabore weltweit zu verkaufen. Daran verdienen dann unter anderem auch Transportunternehmen wie Airlines und Versicherungen, die die Todestransporte versichern.

Jeder noch so absurde Versuch wird genehmigt

Der wahre Skandal aber liegt bei der Regulierung solcher Tierversuche. Laut Ärzte gegen Tierversuche handelt es sich um keinen traurigen Einzelfall [2], denn das Genehmigungsverfahren für Tierversuche in Deutschland ist so gut wie nicht existent: "Versuche an Tieren sind meist nur anzeigepflichtig, d.h. es ist nicht einmal eine Genehmigung erforderlich. Der Experimentator muss lediglich ein Formular ausfüllen, bevor er mit den qualvollen Versuchen beginnen kann", erläutert Dr. Corina Gericke, Veterinärmedizinerin und 2. Vorsitzende des Vereins Ärzte gegen Tierversuche e.V.

Laut Informationen des Vereins liegt die Ablehnungsquote von Tierversuchen in Deutschland bei

unter 1 %. "Jeder noch so absurde Versuch wird genehmigt [3]. Und wenn eine Behörde mal den Mut hat, einen Antrag abzulehnen, geht der Experimentator vor Gericht, wie gerade in Berlin geschehen", erklärt die Tierärztin. Dort hatte die Berliner Senatsverwaltung ein Vorhaben abgelehnt, bei dem Nachtigallen ein Speicherchip in das Gehirn eingepflanzt werden sollte. Die Experimentatoren klagen jetzt dagegen.

Anscheinend verleitet diese fehlende Aufsicht zu allerlei unsinnigen, rein aus Neugier und wissenschaftlicher Profilierungssucht durchgeführten Versuchen, wie beim Max-Planck-Institut in Tübingen. Dort wurden Affen über 22 Jahre hinweg mit Millionen von Steuergeldern gequält, unter anderem um herauszufinden, "warum Jens Lehmann bei der WM 2006 in Argentinien zwei Tore halten konnte" [4]. Skandalös auch das Verhalten der Verantwortlichen, die weder dazu bereit sind, Fragen [5] zu beantworten, noch sich anderweitig kooperativ zu zeigen und im Gegenzug Tierschützer aufs Härteste angreifen.

Ob durch private Stiftungen und Spendengelder [6] finanziert, wie im Fall VW, oder durch öffentliche Steuergelder wie im Fall von Tübingen, der Großteil der Tierversuche erfolgt ohne tatsächliche Prüfung und Aufsicht zu Zweck und Sinn. Sie nutzen lediglich den Experimentatoren, die ihre Karriere fördern und ihren Arbeitsplatz sichern, sowie den Auftraggebern, um den Absatz ihrer Produkte anzukurbeln und sich vor Regressansprüchen abzusichern. Und natürlich der gesamten Tierversuchsindustrie (Beispiel Covance Inc., eines der weltweit

größten Auftragsforschungsinstitute mit Niederlassungen in 20 Ländern, u.a. dem Affenlabor in Münster, Deutschlands größtem "Affenverbraucher"), die daran verdient und uns immer noch vorgaukelt, dass dies zum Wohl der Menschheit wäre.

Tierversuchsfreie Methoden sicherer und günstiger

Tatsache ist, dass die Übertragbarkeit von Tierversuchen auf Menschen immer mehr in Frage gestellt wird. "Tierversuche täuschen falsche Sicherheit vor und deren Relevanz ist umstritten" gibt inzwischen sogar das Deutsche Ärzteblatt [7] zu. Die Niederlande habe die Zeichen der Zeit erkannt und satteln um: Bis 2025 wollen sie weltweit führend auf dem Gebiet der tierversuchsfreien Forschung werden.

Tierversuche sind nicht mehr zeitgemäß. Neben unaussprechlichem millionenfachem Tierleid sind sie auch unnötig, teuer und sogar schädlich für Patienten und Verbraucher [8]. Alleine in Deutschland sterben pro Jahr 58.000 Menschen an den Nebenwirkungen von Medikamenten, die zuvor im Tierversuch getestet und als unbedenklich eingestuft wurden. Die neuen Methoden wie z.B. die In-vitro-Forschung, bei der mit menschlichen Zellgewebe auf Organchips gearbeitet wird, bringen schnellere, weit verlässlichere Resultate und sind um einiges kostengünstiger.

Die Vorteile der Tierversuchsfreien Forschung liegen auf der Hand und würden die Millionen von Steuergeldern, die bis jetzt für Tierversuche ausgegeben

werden, dorthin umgelenkt, wären wir einen riesigen Schritt weiter. Mit der Fülle der neuen Tierleid-freien Methoden [9] tut sich ein enormes Potenzial für wissenschaftlichen und medizinischen Fortschritt auf, das es jetzt zu nutzen gilt.

Höchste Zeit also, durch breite Aufklärung endlich Licht auf dieses dunkle Thema scheinen zu lassen und durch massiven öffentlichen Druck endlich umzuschwenken. Aber wie bei allen anderen Themen auch müssen wir, die Zivilgesellschaft, uns für die Zukunft engagieren, die wir wollen. Wenn wir die Industrie und Politik überlassen, warten wir vergebens.

"Wer Tierversuche befürwortet, weiß zu wenig darüber oder verdient daran."

Über die Autorin

Evelyn Rottengatter. Geboren 1971 und aufgewachsen bei München. Diplom in Fremdsprachenkorrespondenz (Englisch, Französisch, Italienisch). Hat lange in den Medien gearbeitet (Kino, Fernsehen, Print). Seit einigen Jahren lehrt sie Kindern Sprachen und schreibt und übersetzt für *Présenza*.

Mehr Infos zum Thema:

Hintergrundinformationen "Tierversuche":
<https://www.tierschutzbund.de/information/hintergrund/tierversuche/>

Tierversuchsfreie Forschung:
Forschung ohne Tierleid:

<https://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/de/infos/tierversuchsfreie-forschung/110-forschung-ohne-tierleid>

Offener Brief von Sir David Attenborough, Dr. Jane Goodall und weiteren führenden Wissenschaftlern und Tierschutzexperten aus aller Welt, in dem ein Ende der Verwendung von Primaten für neurowissenschaftliche Tests gefordert wird:

<http://www.independent.co.uk/voices/letters/testing-on-non-human-primates-in-neuroscience-research-is-no-longer-justifiable-a7230071.html>

Offener Brief Tierversuchsgegner e.V. zum Affenlabor COVANCE in Münster: Tierversuche ein Verbrechen an unseren Mitgeschöpfen und ein gigantischer Betrug am Patienten, Verbraucher und Steuerzahler:

<http://www.tierversuchsgegner.de/downloads/PRESSE-COVANCE.pdf>

Blogbeitrag "Tierversuche und die gigantische Abzocke der Pharmalobby" inklusive Video mit Horst Seehofer zur Übermacht der Pharmalobby gegenüber der Politik:

<http://www.jocelyne-lopez.de/blog/2014/05/tierversuche-und-die-gigantische-abzocke-der-pharma-lobby/>

Petition gegen die Affenhirnforschung am Max-Planck-Institut Tübingen mit vielen Hintergrundinfos:
<https://www.change.org/p/herr-prof-hans-peter-thier-beantworten-sie-bitte-4-fragen-uber-den-wissenschaftlichen-wert-der-affenhirnforschung-am-max-planck-institut-mpi-tuebingen/u/22081346>

Anmerkungen:

- [1] <http://www.tierrechte.de/presse-a-magazin/pressemittelungen/29-januar-2018-abgastests-mit-affen-unethisch-und-unwissenschaftlich>
- [2] <https://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/de/presse/aktuelle-pressemittelungen/2576-aerzteverein-verurteilt-abgasversuche-an-affen-aufschaerfste>
- [3] <https://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/de/presse/aktuelle-pressemittelungen/2578-volkswagenstiftung-finanzierte-unfassbare-tierversuche-an-singvoegeln-und-anderen-tieren>
- [4] <http://www.jocelyne-lopez.de/blog/2014/05/herr-minister-johannes-remmel-wie-viele-millionen-steuergeld-haben-uns-die-2-von-jens-lehmann-gehaltenen-tore-bei-der-fussball-wm-2006-gekostet/>
- [5] <http://www.jocelyne-lopez.de/pdfDateien/Fragekatalog%20aus%20der%20Petition%20HansPeterThier.pdf>
- [6] https://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/images/pdf/medizinistiftungen_und_tierversuche.pdf
- [7] <https://www.aerzteblatt.de/archiv/43418/Tierversuche-Die-Relevanz-fuer-den-Menschen-ist-umstritten>
- [8] <https://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/de/infos/allgemein/248-warum-tierversuche-nicht-noetig-sind>
- [9] <https://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/de/infos/tierversuchsfreie-forschung/110-forschung-ohne-tierleid>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 - <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Johanna Heuveling
E-Mail:
johanna.heuveling@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/tiere/meinung/tmsp0009.html>

Gladiatorenschmiede - mit umgekehrten Vorzeichen ...

(SB) 5. Februar 2018 - Das Posten und Anschauen von Kinder-, Baby- oder Katzenfotos gehört bekanntlich zu den Lieblingsbeschäftigungen in den sozialen Medien. Es gibt kaum Menschen, die sich nicht von den "putzigen", "niedlichen", "süßen" Bildern emotional angesprochen fühlen. Das macht sich auch die Wirtschaft zunutze, die in ihren Werbespots gerne kleine Kinder oder Tiere auftreten läßt, um auf diese Weise Sympathien zu wecken. Weil niemand den "unschuldigen" Kleinen Böses unterstellt, kann auch die Marke, das Produkt oder die Dienstleistung nicht schlecht sein. Entscheidend für den Erfolg der Werbepsychologie ist allerdings, daß bei den Konsumenten nicht das Gefühl aufkommt, die Interpreten und Motive seien nur Mittel zum Zweck, um das Produkt zu verkaufen.

Wie nicht anders zu erwarten, macht auch das Internationale Olympische Komitee (IOC) mit Kleinkindern Werbung in eigener Sache. Unter der Überschrift "Wenn süsse Babies an Olympischen Spielen teilnehmen würden" hat der "Olympic Channel" ein Video veröffentlicht, das Kinder im gerade lauffähigen Alter als Olympiateilnehmer von Gymnastik-, Turn-, Lauf- und Gewichtheberwettbewerben zeigt. Das augenzwinkernd kommentierte Werbevideo ist bei YouTube inzwischen über

sechs Millionen Mal aufgerufen worden. [1]

Bekanntlich schießt der "Olympic Channel" seit August 2016 "non-stop" aus allen Rohren (seit Juli 2017 auch in den USA). Der hauseigene Online-TV-Kanal, dem laut IOC-Beschluß bis 2021 Geldmittel in Höhe von 490 Millionen Euro zur Verfügung stehen, dient als Plattform, das Markenprodukt in die Internetwelt hinaus zu tragen und möglichst allen Aktiv- und PassivsportlerInnen, insbesondere der jüngeren Generation, das Ringzeichen in die Netzhaut zu brennen. Nach Angaben des IOC sollen mehr als 77 Prozent der Zuschauer, die sich auf seinen Social-Media-Plattformen mit Inhalten des Olympikanals befassen, jünger als 35 Jahre sein.

Emotional packende Sportbilder gehören immer noch zu den wirkmächtigsten Mitteln, um vom miserablen Image des IOC als Abzockerorganisation abzulenken. Gleichzeitig verfolgt das IOC mit dem Streamingangebot die Absicht, das eigene Marktmonopol zu sichern und im Kampf um die neuen Digitalmedien die Nase vorn zu behalten. Im September 2017 wurde auf einer IOC-Sitzung in Lima bekanntgegeben, daß der Olympikanal knapp eine Milliarde Besucher auf den Online- und Social-Media-Plattformen erreicht habe. Die schrittweise, mit Zö-

gern und Zagen vorbereitete Öffnung der Olympischen Spiele für die umstrittenen E-Sport-Wettbewerbe dürfte dem IOC weitere Akzeptanzgewinne insbesondere bei Kindern und Jugendlichen einbringen. Sport- und Computerwirtschaft haben längst entsprechende Allianzen geschmiedet, um die Boombranche des Gamings mit dem Traditionssport zu verkuppeln. Anlässlich der kommenden Winterspiele in Südkorea haben Technologie-Konzerne dafür gesorgt, daß ein südkoreanisches "League of Legends"-Team am olympischen Fackellauf teilnimmt und dem elektronischen Sport die Bühne bereitet wird. Über den "Olympic Channel" werden Interessierte schnurstracks zu E-Sport-Wettbewerben des IOC-Sponsors Intel geführt.

Die Macher des Baby-Videos für den "Olympic Channel" erklären in einem Behind-the-scenes-Video mit ironischem Unterton, daß das Internet Babies liebe, es um Spaß ginge und man die Sache nicht zu ernst nehmen solle. [2] Den wenigsten dürfte beim Betrachten der Bilder in den Sinn kommen, daß Kinder für ein multinationales Unternehmen wie das IOC der Rohstoff sind, um für die Unterhaltungsindustrie nützliche Medaillenkandidaten heranzuzüchten. Oder daß Kleinkindern, die vor Hürden haltmachen, statt sie im

Streckgalopp zu überspringen, heute noch mit amüsiertem Lächeln verziehen wird, während ihnen in späteren Jahren, wenn sie die Konkurrenzregeln erst einmal verinnerlicht haben, jedes Zögern als Schwäche zur Last gelegt wird. Genausowenig dürfte in Frage gestellt werden, ob es wirklich zur vielzitierten "Persönlichkeitsentwicklung" der Kleinsten beiträgt, wenn sie wie in der Rhythmischen Sportgymnastik oder beim Kunstturnen gelernt haben, ihren Körpern jede nur denkbare Dehnung, Streckung, Verdrehung oder Stauchung abgefordert zu haben. Die Ästhetisierung körperlicher Zerreißprozesse bei einer Vielzahl von olympischen Sportdisziplinen spricht eine deutliche Sprache, welchen Körper- oder Menschenbildern die Industriegesellschaft den Vorrang gibt. Früh übt das Kind ein, was als "schön" und "positiv" für die künftige Leistungsentwicklung bestätigt wird. Die größte soziale Anerkennung gilt denen, die später ihre Bewegungen den vorherrschenden Leistungsnormen in Form, Inhalt und Maß vollständig angepaßt haben und alle damit verbundenen Lebensreglementierungen bereitwillig schlucken.

Unter Vorgabe lauterster Motive versucht das IOC, immer jüngere Zielgruppen als Konsumenten oder zukünftige Olympiateilnehmer einzuspannen. 2010 wurden erstmals Olympische Sommerspiele und 2012 Winterspiele für Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren ausgetragen - flankiert von Kultur- und Erziehungsprogrammen, die für das notwendi-

ge Sozialmarketing sorgten und Kritik am vorverlagerten Leistungsdruck für Minderjährige, die wie die Erwachsenen mit Höchsteinsatz um die vordersten Plätze rangen, abschwächen.

Es gibt zwar noch keine Olympischen Kinderspiele, um Nachwuchstalente "kindgerecht" an den Hochleistungssport der Erwachsenen heranzuführen, gleichwohl wird überall auf der Welt versucht, potentielle Medaillenkandidaten so früh und so flächendeckend wie möglich hinsichtlich spezifischer Tauglichkeitsmerkmale zu untersuchen. Vor dem Hintergrund, daß Deutschland nicht genug Medaillengewinne produziert, hatte eine Art Strategiekommision des deutschen Sports 2013 den Vorschlag unterbreitet, daß Spitzensportplaner frühzeitig Zugriff auf Talente erhalten. "Grundschulkindern könnten dann frühzeitig auf ihre sportliche Eignung überprüft werden; ein entsprechendes Testverfahren sei zu etablieren", berichtete die FAZ von den Begehrlichkeiten des organisierten Sports. [3]

Bereits im Jahr 2010 hatte die CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen den Vorschlag unterbreitet, flächendeckend sogenannte sportmotorische Tests für Kinder in den Grundschulen (Klasse 2 und 4) zur Erfassung aller sportlichen Talente einzuführen, um international konkurrenzfähigen Spitzensport sicherstellen zu können. Von 2010 bis 2015 wurde in Hessen ein Modellprojekt durchgeführt, der sogenannte

Fuldaer Bewegungs-Check. Ein Ziel der regional begrenzten Kampagne war, alle sieben- bis achtjährige Kinder der 2. Grundschulklassen daraufhin zu untersuchen, ob ihre sportmotorischen Fähigkeiten ausreichen, um sich für einen weiteren Talente-Check zu qualifizieren. Dieser war darauf ausgerichtet, Nachwuchstalente für den Leistungssport zu gewinnen und mit Empfehlungen, für welche Sportarten sie besonders geeignet sind, an Vereine weiterzuvermitteln. Der Fuldaer Bewegungs- und Talentecheck, wissenschaftlich begleitet von der Universität Bayreuth, wurde mit Unterstützung des DOSB auch in den Folgejahren fortgeführt. Wen das Verfahren an die Screenings der Kinder- und Jugendsportschulen (KJS) der DDR erinnert, liegt keineswegs falsch. In der DDR war die Suche nach Leistungssportbegabten Talenten nur sehr viel umfassender organisiert und erfolgte teilweise schon im Kindergarten. Flächendeckende, bundesweite Talentechecks - legitimiert und schmackhaft gemacht durch begleitende Gesundheits- und Präventionsmaßnahmen für die Normal-schüler (siehe Fulda) - könnten auch in "Sportdeutschland" wieder zum Thema werden, wenn die politische Forderung nach dreißig Prozent mehr Medaillen (Thomas de Maizière) unerfüllt bleibt und das neue "Potenzialanalyse-System" (PotAs) in der Spitzensportförderung nicht die erwünschten Erträge bringt.

Der systematischen Suche nach erfolgversprechenden Bewegungstalente sind im Prinzip

keine Grenzen gesetzt. Schon für die Olympischen Spiele 2000 in Sydney hatte die australische Regierung ein 135-Millionen-Dollar-Programm auf den Weg gebracht, das mit Hilfe eines Computers talentierte Kinder suchen sollte, deren Körperdaten darauf hindeuteten, daß sie aussichtsreiche Kandidaten für olympische Erfolge sein könnten. Mit dem Suchprogramm wurden über 200.000 Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren überprüft. "Ein Prozent wurde aufgrund des Programms ausgewählt und ins Training geschickt, von denen wiederum 27 für Australien Medaillen bei weltweiten Kinderwettkämpfen holten", berichtete seinerzeit die Onlinezeitung Telepolis. [4]

Bigdata-Analysen, aber auch Gentests, die Eltern und Trainern frühzeitig Auskunft geben, ob ein (werdendes) Kind für den Spitzensport geeignetes Genmaterial aufweist, sind längst Forschungs- oder Vermarktungsgegenstand von Fitness- und Gentech-Unternehmen. Vor ein paar Jahren schrieb die US-Firma Atlas Sports Genetics Schlagzeilen, die einen umstrittenen Abstrich-Test angeboten hatte, der angeblich Aussagen über die genetische Prägung bzw. Eignung des Kindes für Team- oder Einzelsport, Schnellkraft/Kraft- oder Ausdauersport zulassen sollte. In der pränatalen Diagnostik geht es schon heute nicht mehr um die Gesundheit des ungeborenen Kindes, sondern um die Selektion von körperlich vorteilhaften Grunddispositionen, damit ein mög-

lichst leistungsstarkes Kind die Lebensarena betritt.

Man könnte das Olympic-Channel-Video "Wenn süsse Babies an Olympischen Spielen teilnehmen würden" schmunzelnd als Werbegag abtun, wüßte man nicht, daß die ach so kinderlieben Medien-Profis des IOC keine Werbebotschaft versenden, die nicht auch auf eine internationale Breitenwirkung abzielte. Und siehe da, zu Beginn des Jahres hat das Olympische Komitee von Bahrain (BOC) bekanntgegeben, im April 2018 die ersten "Baby-Olympics" für Zwei- bis Vierjährige im eigenen Land austragen zu wollen. Die Spiele dienten dazu, die olympischen Prinzipien und Werte in jungen Jahren zu fördern, heißt es in einer Pressemitteilung. Laut BOC gehe es darum, "bei den Kindern ein Bewußtsein für die Ausübung von Sport zu schaffen". [5]

Angedacht sind Wettbewerbe in der Leichtathletik, Gymnastik, im Fußball, Basketball und Gewichtheben. Das Olympiako-mitee Bahraains hat sich bereits mit Vertretern des Bildungsministeriums, des Arbeitsministeriums und des Ministeriums für soziale Entwicklung getroffen, um erste Schritte zur Organisation der "Baby Games" zu besprechen. Die Spiele sollen unter Einbeziehung der Kindergärten durchgeführt werden, die Zahl der Teilnehmer soll zunächst auf 2000 begrenzt sein. Auch über die Preise für erfolgreiche Kinder in den einzelnen Sportdisziplinen sollen sich die Funktionäre schon Gedanken gemacht haben. [6]

Der repressive Golfstaat, der ein noch viel schlechteres Image als das IOC hat, hat sich offenbar die Olympic-Channel-Kampagne zum Vorbild genommen und will mit erfolgreichen Babyspielen punkten. Zu den bisherigen "Erfolgen" der sunnitischen Königsfamilie in dem kleinen Inselstaat, der die 5. US-Flotte beherbergt, militärisch und politisch aber von Saudi-Arabien kontrolliert wird, gehört nicht nur die brutale Unterdrückung der Demokratiebewegung im Jahr 2011 sowie die fortschreitende Militarisierung des Sicherheitsapparats im eigenen Land, sondern auch die Beteiligung an der saudisch angeführten Koalition gegen Jemen. Nach Angaben der UN-Kinderhilfsorganisation Unicef vom vergangenen Jahr sind dem Jemen-Krieg über 5.000 Kinder zum Opfer gefallen, um ein Mehrfaches sind infolge der Kämpfe verletzt oder verstümmelt worden. Aufgrund der Seeblockade der saudischen Allianz wird der Jemen kontinuierlich ausgehungert, jeden Tag sterben weit über hundert Kinder allein an Unterernährung und Krankheiten. [7]

Da kann es für das kriegsbeteiligte, mit deutschen Rüstungsgütern gut versorgte Herrscherhaus in Bahrain durchaus hilfreich sein, sich auf die hehren olympischen Werte zu berufen und "Olympic Games" für Babies zu veranstalten, um sich als kinderliebe, dem Sport verpflichtete Nation darzustellen. Das Ausbleiben jedweder öffentlicher Reaktion von seiten des IOC demonstriert, daß mit der "cute babies"-Kampagne

mehr gesellschaftliche Verwertungsinteressen berührt sind, als sich durch den simplen Vorwurf, Bahrain instrumentalisierte Kinder für staatliche Propagandazwecke, abtun ließe.

Anmerkungen:

[1] https://www.youtube.com/watch?v=x04jgiQ_hLI oder <https://www.olympicchannel.com/en/playback/if-cute-babies-competed-in-the-olympic-games/>

[2] <https://www.olympicchannel.com/en/playback/baby-games-behind-the-scenes/>

[3] http://www.faz.net/aktuell/sport/sportpolitik/spitzen-sportfoerderung-ein-sportministerium-im-kanzleramt-12198582.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0. 29.05.2013.

[4] <https://www.heise.de/tp/features/Wie-erkennt-man-Kinder-die-olympische-Erfolge-erzielen-koennten-3450999.html>. 21.09.2000.

[5] <http://www.bna.bh/portal/en/news/819751>. 08.01.2018.

[6] <http://bna.bh/portal/en/news/822500>. 25.01.2018.

[7] <https://www.unicef.de/informieren/projekte/asien-4300/jemen-19406/kinder-im-krieg/75274>

<http://www.schattenblick.de/infopool/sport/meinung/spmek263.html>

KINDERBLICK / NATURKUNDE / PFLANZEN

Wald - ins Gegenteil gewendet ...

(SB) 5. Februar 2018 - Auf dem australischen Kontinent sind viele Eukalyptuspflanzen beheimatet. Dort gedeihen wirklich große Vertreter dieser Art mit einer Höhe bis zu fast 100 Metern, aber auch jene sind dort weit verbreitet, die als Büsche und Sträucher wachsen.

Weltweite Bekanntheit haben die Eukalyptuswälder Australiens im Zusammenhang mit den Koalabären erlangt. Die kleinen Kletterbären sind auf diese Bäume angewiesen. Sie gehören seit jeher zu ihrem Lebensraum, so dass man sagen kann, "ohne Eukalyptusbäume keine Koalas". Doch seit die ersten weißen Siedler australischen Boden betreten haben und dort sesshaft wurden, begann ein rücksichtsloses Abholzen der riesigen Wälder. Man betrachtete sie einzig als hervorragende Holzquelle. Die Koalas wurden in unvorstellbar großer Zahl geschossen, oft einfach so zum Vergnügen, oder sie wurden gefangen und getötet, um mit ihrem Fell Handel zu treiben. All das hat bereits 1788 begonnen und heute bangen Tierschützer um das Überleben des Koalas, aber auch um das der Bäume. Es wird davon ausgegangen, dass bevor Europäer in Australien landeten, ungefähr ein Viertel der Landfläche von Wäldern, Savannenwäldern und Buschbeständen bedeckt war. Doch in den darauf folgenden 200 Jahren wurden weite Teile davon vernichtet, um Platz für landwirtschaftliche Nutzflächen und Sied-

lungen zu schaffen. Bis heute wurden schätzungsweise 70 Prozent der Eukalyptuswälder und 90 Prozent der ursprünglichen Regenwälder abgeholzt. Dadurch setzte in weiten Gebieten vermehrte Bodenerosion ein und 83 der bekannten einheimischen Pflanzenarten verschwanden für immer, 840 bekannte weitere Arten sind heute vom Aussterben bedroht. Aber auch für viele Tierarten, zum Beispiel dem Koala und das Thermometer-Huhn, wird der Lebensraum immer enger, und die akute Gefahr besteht, dass sie als frei lebende Tiere bald ganz und gar verschwunden sind.

Mallee-Eukalyptus - wahre Überlebenskünstler

Doch nun zum Mallee-Eukalyptus, der als Busch- und Strauchform und in vielen verschiedenen Arten vorkommt. Seine Heimat findet sich im Süden Australiens, wo extreme klimatische Bedingungen vorherrschen. Dazu gehören starke tägliche wie jahreszeitliche Temperaturschwankungen und eine sehr geringe Niederschlagsmenge, die durchschnittlich nur 200 bis 350 mm pro Jahr beträgt. Es kann aber auch sein, dass mehrere Jahre fast gar kein Regen fällt. Hinzu kommt, dass es kaum nährstoffreiche Erde gibt und die Pflanzen mit wenig Boden und Nährsalzen auskommen müssen. Als Letztes sind noch die Buschfeuer zu nennen, die relativ häufig vorkommen und die Vege-

tation niederbrennen. Genau das ist der Lebensraum der verschiedenen Mallee-Eukalyptus-Arten, die sich jedoch als wahre Überlebenskünstler erweisen.

kühleren Temperaturen, Tau entstehen, so gleitet er an ihnen ab und tropft ganz nahe an der Pflanze auf den Boden und sickert ein. Unter den Mallee-Büschen und

Der Lignotuber - Retter in der Not

Im Lebensraum der Mallee-Eukalypten breitet sich ungefähr alle 20 Jahre ein Buschfeuer aus. Die trockenen Pflanzenteile und die ausgedörrte Mulchschicht bieten reichlich Stoff zum Verbrennen und vor allen Dingen tragen sie zu einer rasanten Ausbreitung der Brände bei. Die gesamte Vegetation verkohlt und zerfällt, auch die Mallee-Eukalypten. Doch hat das Feuer für sie nicht nur eine vernichtende Wirkung, sondern es hilft ihnen bei der Verbreitung ihrer Samen, die von dem Mallee kurze Zeit nach dem Feuer ausgestreut werden. Der unterirdische verholzte Wurzelstock enthält "schlafende Knospen", sowie Nährstoffe und dient als Kohlenhydratspeicher. Diese "schlafenden Knospen", auch unter "schlafende Augen" bekannt, können über Jahre oder Jahrzehnte unter der Erde lebensfähig erhalten bleiben. Ihr Zweck ist im Falle eines Notfalls, wie der Verlust der oberirdischen Pflanzenteile, beispielsweise Stamm, Äste und Blätter, durch Verbrennen oder Abholzen, einzig die Wiederherstellung verlorener Pflanzenorgane. Nach einem Feuer treibt der Mallee-Eukalyptus also aus diesem Wurzelstock (Lignotuber) schnell wieder aus. Er kann sogar eine Zeit lang wachsen, ohne Photosynthese zu betreiben. Für die ausgestreuten Samen wirkt es sich günstig aus, dass es außer ihnen keine weiteren Samen anderer Arten im Boden gibt, da diese vom Feuer vernichtet wurden. So können sie außer Konkurrenz wachsen und gedeihen.



Mallee-Eukalyptus

Foto: 2010, by Poyt448 Peter Woodard (Own work) CC0 1.0 [https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de], via Wikimedia Commons

Viele wachsen nur 3 bis 4 m hoch und sind mehrstämmig, das bedeutet aus dem unter der Erde liegenden knotigen Wurzelstock, dem sogenannten Lignotuber, entspringen mehrere schlanke Stämme in die Höhe. Von diesem Lignotuber aus wachsen ebenfalls weit reichende Wurzeln hinab, die auch in großen Tiefen noch Wasser aufnehmen können und ebenfalls für eine feste Verankerung der Pflanze im Boden sorgen. Die Blätter des Mallee-Eukalyptus sind ziemlich hart, mit Wachs beschichtet und verdunsten so nur wenig Wasser. Außerdem hängen sie senkrecht nach unten, was sich als Vorteil erweist. Sollte in der Nacht, also bei

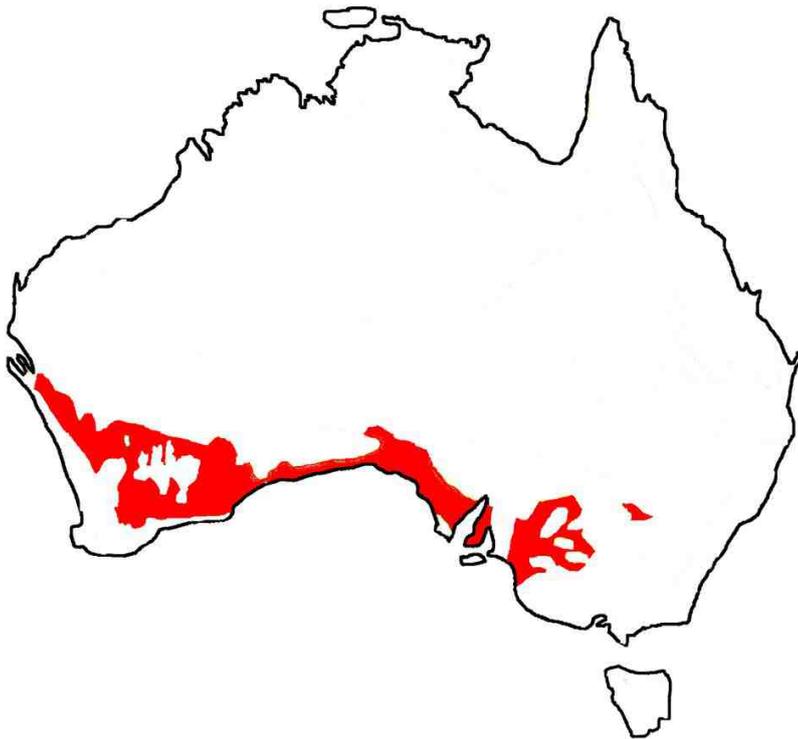
-Sträuchern haben sich im Laufe der Jahre abgefallene Blätter, abgebrockelte Borke und tote Zweige angesammelt. Da es nur wenig regnet, geht die Zersetzung des Laubs sehr langsam voran. Es entsteht eine Mulchschicht, quasi eine Decke aus nicht ganz verrotten Pflanzenresten. Sie bietet Schutz vor dem völligen Austrocknen des Bodens, und dem Mallee-Eukalyptus bleibt die geringe Feuchtigkeit erhalten.



Blätter des Mallee-Eukalyptus

Foto: 2008, by John Moss (Own work) [Public domain], via Wikimedia Commons

Eine schlichte Umrißkarte von Australien mit rot markierten



Heutiges Verbreitungsgebiet des Mallee-Eukalyptus

Foto: 2009, by Australian_Vegetation.png: Griensteidl derivative work: Pappase (Australian_Vegetation.png) [CC BY-SA 3.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)], via Wikimedia Commons

Mallee-Eukalyptus als Flugzeugtreibstoff?

Diese einstmals in Australien weit verbreiteten Mallee-Eukalypten sind bedroht. Zum einen müssen sie der Land- und Viehwirtschaft weichen, zudem ist ihr hartes, festes und schön gemasertes Holz sehr begehrt. Es gibt neuerdings gezielte Forschungen und auch schon Anwendungen, den Mallee-Eukalyptus zu Flugzeugtreibstoff zu verarbeiten. Gelobt wird in diesem Zusammenhang der nachhaltige Rohstoffverbrauch. Der Mallee ist sehr genügsam, wächst in heißen, wasserarmen Regionen

und treibt auch dank seines Lignotubers nach der Abholzung schnell wieder aus, was ihn zu einer guten Holz- bzw. Rohstoffquelle macht. Die Forscher gehen davon aus, dass sie den Mallee-Eukalyptus ungefähr alle 4 bis 5 Jahre abholzen können, um aus ihm Bio-Kraftstoff herzustellen. Es bleibt die Frage, ob so ein Lignotuber, der im Normalfall nur alle 20 Jahre zum Einsatz kommt, nämlich wenn es wieder einen Buschbrand gegeben hat, bereits nach 4 bis 5 Jahren die gleiche Kraft und Fähigkeit ausgebildet hat, um einen neuen Eukalyptusstrauch wachsen zu lassen. Und schafft er das auch noch ein zweites, drittes und viertes Mal? Oder verkümmern die Pflanzen, weil in der kurzen Zeit nicht ausreichend Nährstoffe und "schlafende Knospen" in dem Lignotuber eingelagert werden konnten? Schließlich sind es Lebewesen und keine Maschinen, die man in einer Endloschleife betreiben kann.

Die Mallee-Eukalypten sind Mitglieder einer Lebensgemeinschaft, die sich extremen Klima- und Bodenbedingungen angepasst hat. Zu dieser Gemeinschaft gehören eine Vielzahl an Vögeln, wie zum Beispiel der Bergsittich, die australische Rohrdommel, Braunbauch-Dickichtvogel, Malleeborstenschwanz und ebenso das Busch- und das Thermometerhuhn. Sie alle tragen auf ihre Weise zum Erhalt, beziehungsweise zur Pflege, Gestaltung und Verbesserung der Boden- und Klimaverhältnisse bei. Um den Mallee-Eukalyptus und einige Tiere wie das Thermometerhuhn zu schützen, wurden neue Nationalparks eingerichtet. Obwohl es doch sehr nachdenklich stimmen kann, dass überhaupt derartige Parks angelegt werden müssen, um die Arten zu schützen, scheint es angesichts der vielfältigen Bedrohungen doch angebracht und wünschenswert.

Diesem Artikel liegen folgende Quellen zugrunde:

- https://www.biologie-seite.de/Biologie/Schlafende_Knospe

- http://www.eco-world.de/scripts/basics/econews/basics.prg?a_no=10073

- <https://abouttravel.ch/heftartikel/travel-inside/die-entwicklung-der-biokraftstoffe-kommt-mit-grossen-schritten-voran-ausgabe-2015-19/>

- <https://www.australien-panorama.de/fakten/ausflora.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/kind/natur/knpf0037.html>

DIE BRILLE / VERANSTALTUNGEN / LESUNG

Kulturcafé Komm du - März 2018

Jürgen Ehlers: "Tod von oben" (Agenten-Thriller)

Autorenlesung am Donnerstag, den 8. März 2018, 20.00 bis 22.00 Uhr

Platzreservierungen per Telefon: 040 / 57 22 89 52 oder E-Mail: kommdu@gmx.de

Eintritt frei / Hutspende



Das **Komm du** lädt ein zu einer Autorenlesung am Donnerstag, den 08.03.2018, 20.00 bis 22.00 Uhr:



Jürgen Ehlers
Agententhriller „Tod von oben“
Liebe und Verrat in den besetzten
Niederlanden 1941-42

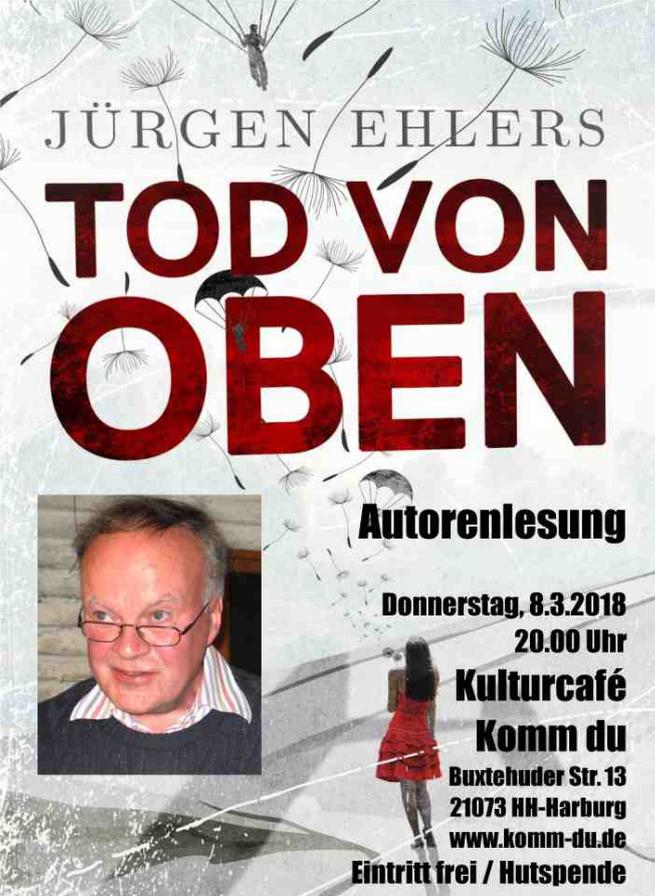
In einer Sommernacht des Jahres 1941 beobachtet die 19-jährige Sofieke, eine in Den Haag untergetauchte Jüdin, wie ein Fallschirmagent in den besetzten Niederlanden landet. Der deutsche Student Gerhard Prange soll für die Engländer spionieren und Informationen über Reichskommissar Arthur Seyß-Inquart sammeln, der dort den Holocaust an den niederländischen Juden organisiert. Gerhard wird festgenommen und entgeht seiner Hinrichtung nur, indem er sich zum Schein bereiterklärt, als Doppelagent für die deutsche Spionageabwehr zu arbeiten. Durch Zufall treffen Gerhard und Sofieke wieder aufeinander. Zwischen ihnen entwickelt sich eine Liebesbeziehung. Aber die beiden sind in größter Gefahr, denn die Gestapo ist ihnen auf der Spur ... Zehn Jahre Recherchearbeit und etliche Reisen in die Niederlande stecken in diesem spannenden Tatsachenroman aus der Feder des bekannten Autors und Geowissenschaftlers Jürgen Ehlers.

Eintritt frei / Hutspende

Das **Komm du** in Harburg:
Buxtehuder Straße 13
21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Tel.: 040 / 57 22 89 52
Internet: www.komm-du.de
www.facebook.de/KommDu

Begegnung und Diskussion, Livemusik, Kleinkunst- und Tanzperformances, Ausstellungen, Lesungen, Vorträge, Veranstaltungen für Kinder, Literatur- und Zeitungsangebot, kostenloses WLAN, Spiele, Kaffeespezialitäten, selbstgemachter Kuchen, täglich wechselnder Mittagstisch

V.i.S.d.P.: Britta Barthel, Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg



JÜRGEN EHLERS
TOD VON OBEN

Autorenlesung

Donnerstag, 8.3.2018
20.00 Uhr

Kulturcafé
Komm du
Buxtehuder Str. 13
21073 HH-Harburg
www.komm-du.de
Eintritt frei / Hutspende

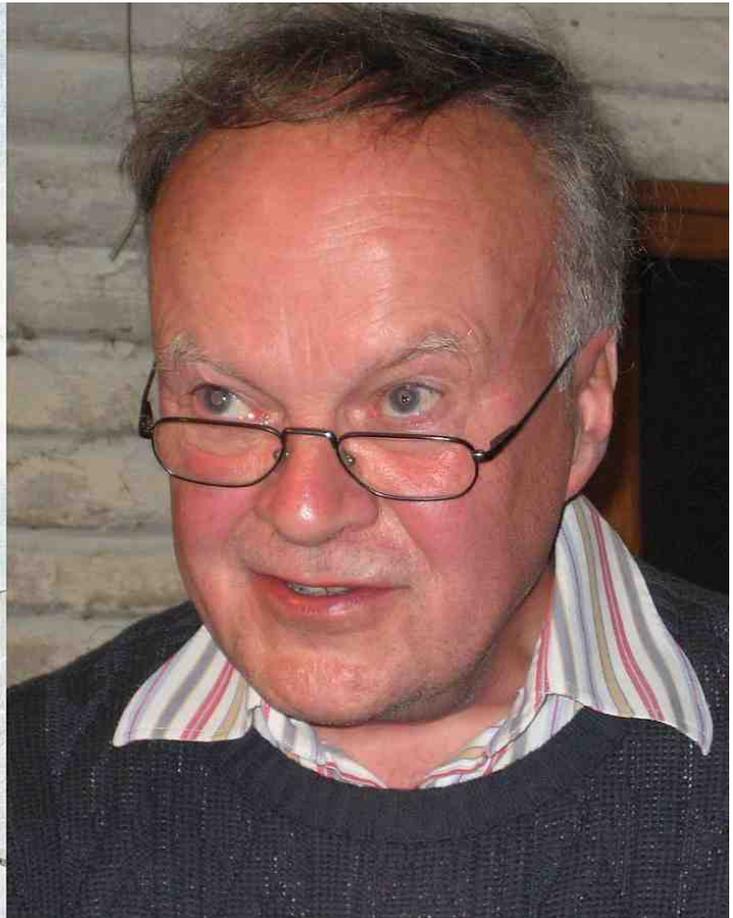
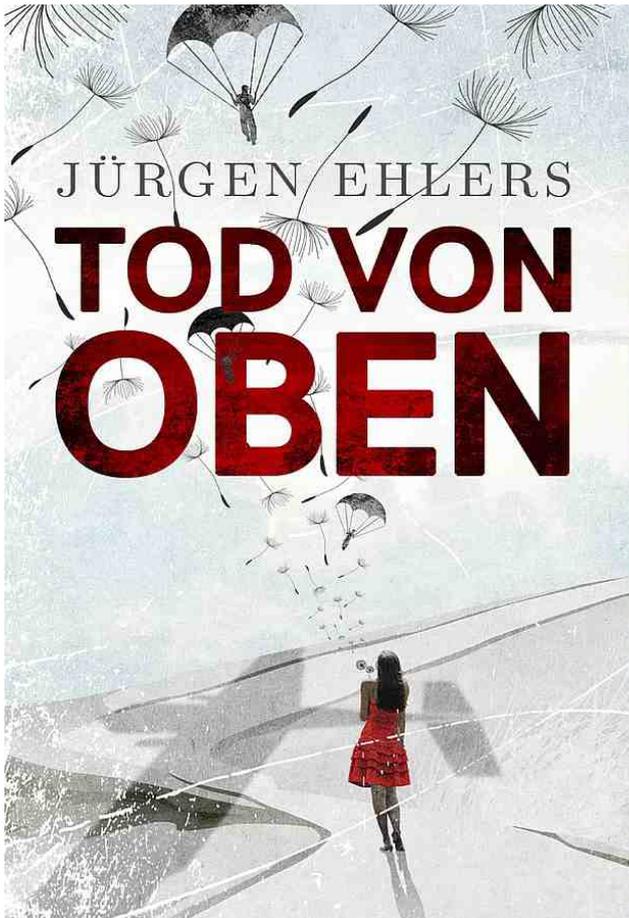
Das Komm du lädt ein zu einer Autorenlesung am Donnerstag, den 08.03.2018, 20.00 bis 22.00 Uhr:

Jürgen Ehlers
Agententhriller "Tod von oben"

Liebe und Verrat in den besetzten Niederlanden 1941-42
In einer Sommernacht des Jahres 1941 beobachtet die 19-jährige

Sofieke, eine in Den Haag untergetauchte Jüdin, wie ein Fallschirmagent in den besetzten Niederlanden landet. Der deutsche Student Gerhard Prange soll für die Engländer spionieren und Informationen über Reichskommissar Arthur Seyß-Inquart sammeln, der dort den Holocaust an den niederländischen Juden organisiert. Gerhard wird festgenommen

und entgeht seiner Hinrichtung nur, indem er sich zum Schein bereiterklärt, als Doppelagent für die deutsche Spionageabwehr zu arbeiten. Durch Zufall treffen Gerhard und Sofieke wieder aufeinander. Zwischen ihnen entwickelt sich eine Liebesbeziehung. Aber die beiden sind in größter Gefahr, denn die Gestapo ist ihnen auf der Spur ... Zehn



Jahre Recherchearbeit und etliche Reisen in die Niederlande stecken in diesem spannenden Tatsachenroman aus der Feder des bekannten Autors und Geowissenschaftlers Jürgen Ehlers.

Weitere Informationen:

Artikel über den neuen Thriller "Tod von oben" des Autors Jürgen Ehlers bei "Harburg aktuell"
<http://www.harburg-aktuell.de/news/vermischtes/14934-tod-von-oben-der-neue-thriller-von-autor-juergen-ehlers.html>

Die Lesung im Kulturcafé Kommdu beginnt um 20:00 Uhr.
Platzreservierungen per Telefon: 040 / 57 22 89 52 oder E-Mail: kommdu@gmx.de

Eintritt frei / Hutspende

Der neueste Thriller "Tod von oben" des bekannten Krimiautors Jürgen Ehlers spielt in den besetzten Niederlanden 1941-42

Foto links: © by Jürgen Ehlers, rechts: © by MrsMyer, CC-BY-SA-3.0

Über den Autor

Jürgen Ehlers - Geowissenschaftler und Autor von Kriminalromanen und Sachbüchern

Jürgen Ehlers wurde in Hamburg-Hohenfelde geboren und wuchs in Hamburg-Hausbruch auf. Nach dem Abitur studierte er an der Universität Hamburg Geographie. 1978 promovierte er mit einer glazialmorphologischen Arbeit. 1986 weilte er auf Einladung der Universität Cambridge zu ei-

nem sechsmonatigen Forschungsaufenthalt in East Anglia. Er hat zahlreiche wissenschaftliche Aufsätze und mehrere Fachbücher zum Thema Eiszeit geschrieben.

Schon in der Schulzeit hat Jürgen Ehlers Kurzkrimis zu Papier gebracht. Nach einer längeren Pause folgte 1992 mit "Flucht" die erste veröffentlichte Kriminalerzählung. Seither sind zahlreiche Kriminalstories in Anthologien und Zeitschriften, vier Krimi-Sammlungen und elf Romane, darunter auch mehrere historische Kriminalgeschichten, erschienen.

Für seine Story "Weltspartag in Hamminkeln" wurde der Autor 2005 mit dem Friedrich-Glauser-Preis ausgezeichnet. Jürgen Ehlers ist Mitglied im "Syndikat" und in der "Crime Writers' Asso-

ciation". Er lebt mit seiner Familie in Witzeze, unweit von Hamburg.

Weitere Informationen:

Jürgen Ehlers - Homepage
<https://www.juergen-ehlers-krimi.de>

Jürgen Ehlers bei Krimi-Couch
<http://www.krimi-couch.de/krimis/juergen-ehlers.html>

Jürgen Ehlers im Lexikon der deutschen Krimi-Autoren
<http://www.krimilexikon.de/ehlers.htm>

Weitere Informationen zum Autor bei Wikipedia
[https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCrgen_Ehlers_\(Geograph\)](https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCrgen_Ehlers_(Geograph))



Das Kulturcafé Komm du in der Buxtehuder Str. 13 in Hamburg-Harburg
Foto: © 2013 by Schattenblick

Das Kulturcafé Komm du in Hamburg-Harburg: Kunst trifft Genuss

Hier vereinen sich die Frische der Küche mit dem Feuer der Künstler und einem Hauch von Nostalgie

Das Komm du in Harburg ist vor allem eines: Ein Ort für Kunst und Künstler. Ob Live Musik, Literatur, Theater oder Tanz, aber auch Pantomime oder Puppentheater - hier haben sie ihren Platz. Nicht zu vergessen die Maler, Fotografen und Objektkünstler - ihnen gehören die Wände des Cafés für regelmäßig wechselnde Ausstellungen.

Britta Barthel gibt mit ihrem Kulturcafé der Kunst eine Bühne und Raum. Mit der eigenen Erfahrung als Künstler und Ein-

drücken aus einigen Jahren Leben in der Kulturmetropole London im Gepäck, haben sie sich bewusst für den rauen und ungemein liebenswerten Stadtteil Harburg entschieden. Für Künstler und Kulturfreunde, für hungrige und durstige Gäste gibt es im Komm du exzellente Kaffeespezialitäten, täglich wechselnden frischen Mittagstisch, hausgemachten Kuchen, warme Speisen, Salate und viele Leckereien während der Veranstaltungen und vor allem jede Menge Raum und Zeit ...

Das Komm du ist geöffnet:
von Montag bis Freitag
7:30 bis 17:00 Uhr,
Samstag von 9:00 bis 17:00 Uhr
und an Eventabenden open end.

Näheres unter:
<http://www.komm-du.de>
<http://www.facebook.com/KommDu>

Kontakt:
Kulturcafé Komm du
Buxtehuder Straße 13
21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Telefon: 040 / 57 22 89 52

Komm du-Eventmanagement:
Telefon: 04837/90 26 98
E-Mail:
redaktion@schattenblick.de

Das Kulturcafé Komm du lädt ein ...

Die aktuellen Monatsprogramme des Kulturcafé Komm du mit Lesungen, Konzerten, Vorträgen, Kleinkunst, Theater und wechselnden Ausstellungen finden Sie im Schattenblick unter:
Schattenblick → Infopool → Bildung und Kultur → Veranstaltungen → Treff
http://www.schattenblick.de/infopool/bildkult/ip_bildkult_veranst_treff.shtml

<http://www.schattenblick.de/infopool/d-brille/veranst/dbvl5955.html>

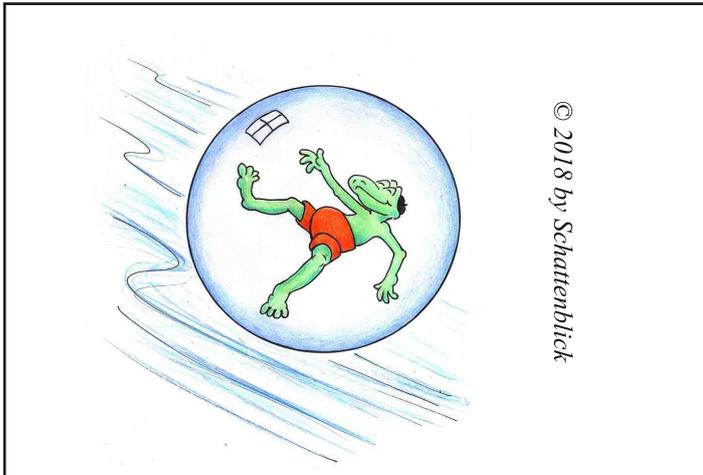


| | | |
|---------------------------------|---|----------|
| POLITIK - REPORT | Olivenzweig - ein Abwasch ... | Seite 1 |
| POLITIK - REPORT | Olivenzweig - geleugnete Stoßrichtung ... Leyla Imret im Gespräch | Seite 6 |
| SCHACH-SPHINX | Fritillaria meleagris | Seite 8 |
| POLITIK - AUSLAND | Kriminalisierung von Flüchtenden statt fortschrittlicher Migrationspolitik (poonal) | Seite 9 |
| POLITIK - WIRTSCHAFT | Ein Jahr Trump - Von wegen Protektionismus (Pressenza) | Seite 11 |
| POLITIK - UNO | Kuba ratifiziert den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (Pressenza) | Seite 13 |
| POLITIK - REDAKTION | Das Jemen-Desaster - Genetik der Kriegsvorwände | Seite 14 |
| POLITIK - REDAKTION | Somalia - gescheitert an beschränktem Interesse ... | Seite 16 |
| REPRESSION - FAKTEN | Das Jahr fängt nicht gut an - Verschwundene und Ermordete in Mexiko (poonal) | Seite 17 |
| REPRESSION - FAKTEN | In sieben Jahren 346 geheime Gräber im Bundesstaat Veracruz gefunden (poonal) | Seite 19 |
| TIERE - MEINUNGEN | Abgas-Tierversuchs-Skandal - Kein Einzelfall, sondern Teil eines ... (Pressenza) | Seite 20 |
| SPORT - MEINUNGEN | Gladiatorenschmiede - mit umgekehrten Vorzeichen ... | Seite 23 |
| KINDERBLICK - NATURKUNDE | Wald - ins Gegenteil gewendet ... | Seite 26 |
| VERANSTALTUNGEN | Hamburg - Jürgen Ehlers: "Tod von oben" (Agenten-Thriller), 8.3.2018 | Seite 29 |
| DIENSTE - WETTER | Und morgen, den 6. Februar 2018 | Seite 32 |

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 6. Februar 2018

+++ Vorhersage für den 06.02.2018 bis zum 07.02.2018 +++



Trocken, kalt,
Schwachwinde scharf,
Jeans Schlaf halt
ohne Bedarf.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
 Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
 Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
 Telefonnummer: 04837/90 26 98
 Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
 Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
 Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
 ISSN 2190-6963
 Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
 Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.